

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

43 (7.2.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 26. öffentliche Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 43.

Freitag, 7. Februar 1908.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

26. öffentliche Sitzung

am Mittwoch den 5. Februar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Beratung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909. — Ausgabe Titel X: Unterrichtsbesen, I. Höhere Unterrichtsanstalten — Druckfache Nr. 11 c 1; — Ausgabe Titel IX: Kultus — Druckfache Nr. 11 b. — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 9 Uhr 40 Minuten vormittags die Sitzung.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. von 8 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;
2. der technischen Gehilfen bei Groß. Eisenbahnverwaltung um Verbesserung ihrer Anstellungs- und Einkommensverhältnisse;
3. der Telegraphenmeister der Eisenbahnverwaltung um Gleichstellung mit den mittleren Beamten;
4. der Bahnmeisteranwärter, ihre Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse betr.;
5. des Vereins selbständiger Kaufleute in Offenburg, die Erstellung einer Fußgängerbrücke im Zuge der Turnhallenstraße und einer solchen im Zuge der Zellerstraße über den Bahndörper betr.;
6. des pensionierten Bureaudieners Lorenz Sautner in Langenbrücken um gnadenweise Erhöhung seiner dormaligen Bezüge;
7. des Invaliden Johann Georg Staiger in Brigach um Aenderung seiner Pensionsverhältnisse übergeben vom Abg. Meyer-Lahr.

Ziffer 1, 6 und 7 werden der Petitionskommission, Ziffer 2, 3 und 4 der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 5 der Budgetkommission überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Fehr. von Dusch: Der Herr Abg. Sed hat in der vorgestrigen Sitzung am Schlusse seiner Ausführungen über ein Privatgespräch mit dem verstorbenen Herrn

Staatsanwalt Jolly hier Mitteilungen gemacht, über die ich meinerseits, nachdem ich das Stenogramm der Rede des Herrn Abg. Sed erhalten habe, und nachdem ich in der Lage war, die Akten zu prüfen, vor Eintritt in die Tagesordnung eine kurze Erklärung abgeben möchte.

Ob ein Privatgespräch zwischen dem Herrn Abg. Sed und dem früheren Herrn Staatsanwalt Jolly des Inhalts stattgefunden hat, wie es der Herr Abg. Sed uns hier vorgetragen hat, darüber kann ich selbstverständlich nicht aussprechen; ich weiß nicht, ob ein solches Gespräch stattgefunden hat und keine noch weniger seinen Inhalt.

Dagegen muß ich auf Grund dessen, was ich nach den Akten des Ministeriums feststellen konnte, Einem ganz bestimmt widersprechen: daß nämlich der Herr Staatsanwalt Jolly dem Herrn Abg. Sed gesagt haben könnte, daß preussische Behörden es gewesen seien, die ihn zu einer Anklage genötigt hätten. Ich habe sämtliche Akten seit Anfang der 30er Jahre durchgesehen und (wie ich auch nicht anders erwartet habe) irgend etwas Derartiges nicht finden können; ich hätte es in den Akten finden müssen, wenn eine Korrespondenz mit Preußen stattgefunden hätte.

Wohl aber habe ich einen Fall vorgefunden, der augenscheinlich zu dem Gespräch — es ist ja nicht zu bezweifeln, daß es stattfand, nachdem der Herr Abg. Sed uns das erzählt hat — Anlaß gegeben haben dürfte. Es ist in der Tat im Jahre 1893, und zwar einige Monate, ehe der damalige Staatsanwalt Jolly von Offenburg nach Karlsruhe versetzt wurde, Herr Jolly, entgegen seiner Meinungsäußerung, beauftragt worden, eine Anklage gegen den Redakteur Sed auf Grund des § 131 St.G.B. durchzuführen. In dieser Sache haben aber preussische Behörden irgendwelche Rolle nicht gespielt, sondern der Differenzpunkt war lediglich der, daß damalige Artikel des in Offenburg erscheinenden „Volksfreund“ einer Hamburger Broschüre entnommen waren und die Hamburger Staatsanwaltschaft wegen jener Broschüre eine Verfolgung nicht eingeleitet hatte. Staatsanwalt Jolly hatte Bedenken, vorzugehen wegen eines Abdrucks einer Broschüre, die an der Stelle, wo sie erschienen war, nicht verfolgt wurde. Er ist aber dann, ohne daß eine Korrespondenz mit den Hamburger Behörden seitens des Ministeriums erfolgt wäre, und ohne daß Preußen, das ja bei der Sache in keiner Weise beteiligt war, sich eingemischt hätte, angewiesen worden, und zwar durch den Oberstaatsanwalt, trotz dieses Bedenkens Klage zu erheben, weil nach der Ansicht des Oberstaatsanwaltes die Artikel so gravierenden Inhalts waren, daß ganz ohne Rücksicht auf die Tatsache, ob in Hamburg eine Verfolgung einge-

leitet werde oder nicht, die Verfolgung eingeleitet werden mußte.

Das ist der Fall, der, wie ich vermute, zu einem persönlichen Gespräch der beiden Herren geführt hat, der aber mit Preußen absolut nicht das Geringste zu tun hat.

Wenn aber der Herr Abg. Geß dazu später in seinen Ausführungen bemerkt hat: „Und wenige Monate darauf hat der Herr Staatsanwalt Jolly dem Staatsdienst Valet gesagt und ist unter die Journalisten gegangen“, so muß ich demgegenüber feststellen, daß der Herr Staatsanwalt Jolly im September 1893 nach Karlsruhe versetzt wurde und dann noch bis zum Juli 1896, also nahezu drei Jahre, Staatsanwalt in Karlsruhe war, wo er dann mit dem „Volksfreund“ in Offenburg auch nicht mehr das Geringste zu tun hatte.

Welche Motive den Staatsanwalt Jolly bestimmt haben, aus dem Staatsdienst auszutreten und die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ zu übernehmen, darüber mich zu verbreiten habe ich keinen Anlaß. Ich wäre allerdings in der Lage, das sehr genau zu sagen; denn ich war damals selbst Vorgesetzter des Herrn Staatsanwalt Jolly und habe mehrfach Stunden lang über die Gewissensfrage mit ihm gesprochen, ob er sich entschließen soll, die Chancen des Staatsdienstes aufzugeben und in die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ einzutreten. Ich enthalte mich aber schon deshalb irgend einer näheren Darstellung, weil ich eine Erörterung über diese Frage, zumal der Herr Abg. Geß heute im Hause nicht anwesend ist, nicht herbeiführen möchte.

Ich fasse also zusammen: Ein Einfluß preussischer Behörden auf irgend eine Anklageerhebung des Staatsanwalts Jolly — sei es direkt oder durch Vermittlung des Ministeriums — hat nicht stattgefunden. Der Austritt des Herrn Staatsanwalts Jolly aus dem Staatsdienst kann auch unmöglich zusammenhängen mit jenem Auftrag, die Klage zu erheben; er ist aus ganz anderen Motiven erfolgt.

Es scheint mir also aller Grund vorzuliegen, die Darstellung des Herrn Abg. Geß — die er, wie ich ja nicht bezweifle, in gutem Glauben uns vorgetragen hat — mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für das Jahr 1908/09, Ausgabe Titel X, Unterrichtswesen, I. höhere Unterrichtsanstalten, erhält zunächst das Wort der Berichterstatter

Abg. Dr. **Obkircher** (nall.): Wie schon vor zwei Jahren, muß ich auch dieses Jahr wieder bei der Beratung des Hochschulbudgets damit beginnen, den Wunsch der Majorität der Budgetkommission auf eine Aenderung in der Organisation der Verwaltung des Unterrichtswesens zum Ausdruck zu bringen. Die Majorität der Budgetkommission ist der Meinung, daß die Verwaltung des Unterrichtswesens dann in erheblichem Maße gefördert würde, wenn der Oberschulrat als selbständige Behörde aufgehoben und an dessen Stelle ein selbständiges Unterrichtsministerium gesetzt würde: ein Ministerium, in dem dann freilich nicht nur die Verwaltung des Mittel- und Volksschulwesens, sondern auch die Hochschulverwaltung und etwa noch die Verwaltung der Künste und Wissenschaften Aufnahme finden müßten. Die Gründe, die für eine solche Maßnahme vorgebracht werden und vorgebracht werden können, liegen nun aber, das sage ich, um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen, nicht auf dem Gebiete der Hochschulverwaltung; denn die Hochschulverwaltung ruht heute schon in dem Ministerium selbst, und der Referent für die Hochschulverwaltung kann in vollem Maße seine Stimme im Ministerium selbst bei dem Minister zur Geltung bringen.

Daselbe ist bei den Referenten des Mittel- und Volksschulwesens nicht der Fall. Die Gründe, die im übrigen für eine solche Organisationsänderung im letzten Landtag, und ebenso die Gründe, die von Seiten der Großh. Regierung dagegen vorgebracht worden sind, will ich hier nicht einzeln erörtern. Ich müßte nur wiederholen, was bereits im vorigen Landtag gesprochen worden ist.

Kurz gesagt: Der Weg zwischen der Lammstraße und der Herrenstraße ist zwar nicht weit, aber da zwei selbständige Behörden in Frage sind, leidet dennoch notwendig der persönliche Verkehr zwischen den Referenten des Oberschulrats und dem Minister, und dadurch entstehen Unzuträglichkeiten, und kommt insbesondere eben der Schulmann, der Fachmann in diesem Verwaltungszweige nicht so zum Wort, wie es im Interesse der Verwaltung als notwendig zu erachten ist.

Wir haben ja allerdings auf dem Gebiete einen gewissen Fortschritt zu verzeichnen. Der Herr Staatsminister hat vor zwei Jahren erklärt, man könne erwägen, ob nicht die früher bestandene Personalunion zwischen dem Direktor des Oberschulrats und dem Referenten für das Mittel- und Volksschulwesen im Ministerium wieder hergestellt werden solle; man könne auch darüber Erwägungen anstellen, ob nicht bei einer etwa eintretenden Veränderung in den Personen die Direktorenstelle im Oberschulrat oder die Stelle des vorstehenden Rats mit einem Schulmann besetzt und dadurch den Wünschen, die in der Richtung vorhanden sind, das schulmännische, das fachmännische Element mehr zur Geltung zu bringen, entgegengekommen werden könne. Wir haben nun bei der notwendig gewordenen anderweiten Besetzung der Direktorenstelle im Oberschulrat ein Entgegenkommen zu verzeichnen, indem diese Stelle einem Fachmann, einem Schulmann übertragen worden ist. Aber die Personalunion, von der der Herr Staatsminister weiterhin gesprochen hat, hat noch nicht verwirklicht werden können. Das wird der Zukunft, vielleicht einer nahen Zukunft vorbehalten bleiben müssen.

Indes der Wunsch nach der Errichtung eines selbständigen Ministeriums dauert trotz alledem ungeschwächt fort, und ich möchte namens der Budgetkommission diesem Wunsche hier nochmals Ausdruck geben. Die Gründe, die gegen eine solche Maßnahme vorgebracht worden sind, sind zweierlei Art: finanzieller und verwaltungstechnischer Natur. Finanzieller Natur sind sie insofern, als vorgebracht wurde, daß durch die Errichtung eines Unterrichtsministeriums eine Steigerung des finanziellen Aufwandes herbeigeführt würde, die unerwünscht sei. Die Majorität der Budgetkommission glaubt aber, daß in Erwägung der großen Vorteile einer solchen Organisationsänderung die übrigens nicht bedeutende Steigerung des finanziellen Aufwands wohl in Kauf genommen werden könnte. Die verwaltungstechnischen Bedenken der Großh. Regierung, die hauptsächlich dahin gehen, daß im Oberschulrat eine Menge von Arbeit geleistet wird, die sich nach ihrer ganzen Natur wenig für eine Ministerialinstanz eignet, sind von uns in früheren Landtagen schon damit widerlegt worden, daß wir ausgeführt haben, diese geringeren Geschäfte könnten von der Zentralbehörde weg auf Bezirksstellen, auf die Kreisräte übertragen werden; und ich glaube, die Entwicklung wird wohl dahin führen, daß diese geringeren Geschäfte, die sich zum Teil auch nicht einmal für eine Zentralmittelstelle, wie den Oberschulrat, eignen, mit der Zeit doch auf die Kreisräte übertragen werden müssen.

Die Mehrheit der Budgetkommission ist aber nicht einmal so unbescheiden, gleich den großen Sprung der Einbringung eines Antrages dahin zu machen, daß ein selbständiges Unterrichtsministerium errichtet werde, sondern sie hat sich schon auf dem letzten Landtage mit einem Antrage bescheiden, wonach wenigstens — und das ist zunächst das erste Ziel, welches zu erreichen wäre — der

Oberschulrat als eine selbständige Abteilung in das vorhandene Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts aufgenommen werden soll. Der Antrag ist auf dem letzten Landtage auch in diesem Hause mit Majorität angenommen worden, und die Mehrheit der Budgetkommission hat mich beauftragt, zu erklären, daß wir bedauern, daß diesem Majoritätsbeschluß des Hauses in der Zwischenzeit nicht Rechnung getragen worden ist. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß die Gründe, die für die Organisationsänderung von uns geltend gemacht werden, schließlich doch so gewichtig sind, daß die Bedenken, die auf der andern Seite bei der Großh. Regierung dagegen obwalten, überwunden werden.

Ich wende mich nun zu der Hochschulverwaltung selbst. Da kann ich zu meiner größten Befriedigung nur konstatieren, daß sich dieser Zweig unserer Staatsverwaltung des unbedingtsten Vertrauens, namentlich auch bei den Hochschulen selbst, erfreut. Es ist das bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen, zuletzt noch durch eine Ehrung, die dem Referenten des Hochschulwesens von der Universität Heidelberg zuteil geworden ist. Es ist, so weit ich es beurteilen kann, für eine Hochschulverwaltung keineswegs eine leichte Sache, sich dieses unbedingte Vertrauen bei den Hochschulen zu erwerben und zu erhalten; denn, wir wissen wohl, daß an Wünschen, Begehren und Beschwerden, die von den Fakultäten, von einzelnen Dozenten und Institutsvorständen an das Ministerium herantreten, eine große Zahl vorhanden ist, daß Meinungsverschiedenheiten erheblicher Art nicht vermeidbar sind. Wenn es, obschon die Beteiligten oft nicht zur Erfüllung ihrer Wünsche, zur Beseitigung ihrer Beschwerden gelangen konnten, gelungen ist, der Hochschulverwaltung dieses unbedingte Vertrauen zu bewahren, so ist das eine bedeutungsvolle Sache, die ich mit Befriedigung konstatieren möchte. Das Ministerium und in ihm der Referent für das Hochschulwesen befinden sich im steten Kampfe zwischen den größeren und den geringeren Dringlichkeiten bei den Wünschen und Beschwerden, die vonseiten der Fakultäten und Einzelner vorgebracht werden. Sie befinden sich im steten Kampfe zwischen dem Wunsche, sachlich Begründetes gern auszuführen, und dem finanziellen Gesichtspunkt, der stets auch beachtet werden muß und oft verhindert, den Wünschen, auch wenn sie dringlicher Natur sind, Erfüllung zu bringen. Es kommen dazu die großen Schwierigkeiten in der Befestigung von offen gewordenen Lehrstellen, in der Erweiterung der Zahl von etatmäßigen Professorenstellen, Ordinarien und Extra-Ordinarien. Auch hier treten fort und fort Wünsche der Fakultäten an die Unterrichtsverwaltung heran, und sie kann diesen Wünschen nicht immer in demselben Tempo, wie sie vorgebracht werden, gerecht werden. Und doch besteht dieses schon hervorgehobene Vertrauen der Hochschulen und der Fakultäten zu der Unterrichtsverwaltung.

Aber nicht allein die Hochschulen selbst hegen dieses Vertrauen zur Unterrichtsverwaltung, sondern auch wir. Es ist in diesem hohen Hause und ist schon in der Kommission bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß wir mit den Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung vollständig einverstanden sind und daß wir das Vertrauen hegen, daß sie in der Erfüllung der Wünsche der Hochschulen auch immer den finanziellen Gesichtspunkt, die Lage des Staatshaushaltes zu vollem Rechte kommen läßt.

Die Hochschulen selbst erfreuen sich, soweit ich das wahrnehmen konnte, mehr und mehr des Ansehens bei der Bevölkerung, und es wächst die Erkenntnis in unserem Volke von dem großen Nutzen, der von den Hochschulen ausstrahlt in alle Verhältnisse, namentlich auch in die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Volkes. Und das Ansehen, das unsere Hochschulen

sich bei uns errungen haben, ist auch vorhanden bei den anderen deutschen Hochschulen. Denn wir können zu unserer Freude wahrnehmen, wie die Lehrer der fremden Universitäten u. technischen Hochschulen, wenn Rufe von seiten der badischen Hochschulen an sie ergehen, diese Rufe gerne annehmen, daß diese Lehrer gern an unsere Hochschulen kommen, weil sie sicher sind, daß sie da ungehindert und frei ihrer Lehr- und Forschertätigkeit nachgehen können, und sicher sind, daß allen berechtigten Wünschen behufs Pflege der einzelnen Unterrichtszweige, soweit es irgend möglich ist, Rechnung getragen wird. Das Ansehen, das unsere Hochschulen bei den Studierenden genießen, kommt bei den Universitäten am besten dadurch zum Ausdruck, daß die Frequenz derselben fort und fort eine steigende Tendenz aufweist. Sie finden in einer Anlage des gedruckten Berichts die Frequenzzahlen angegeben. Es ist daraus ersichtlich, wie sowohl Heidelberg als Freiburg sich einer gesteigerten Frequenz erfreuen. Vielleicht ist die Stadt Freiburg im Sommer des Jahres 1908 in der Lage, wieder ein großes Fest zu feiern, wenn der 2500. Student dort eingetroffen sein wird. Was bezüglich der Frequenz von den Universitäten gesagt werden konnte, kann nicht gesagt werden von der technischen Hochschule in Karlsruhe. Sie finden in den dem Bericht beigegebenen Frequenzzahlen hier eine absteigende Tendenz in der Zahl der Studierenden, eine Tendenz, die in geringem Maße freilich vor 2 Jahren schon wahrnehmbar war, jetzt aber in gesteigertem Maße vorhanden ist. Ich möchte glauben, daß die Gründe dafür nicht zu suchen sind in geringeren Leistungen der Hochschule, als vielmehr in den gesteigerten Voraussetzungen für den Besuch der Hochschule. Es war ja durchaus angebracht, in den Bestimmungen für die Aufnahme von Reichsausländern gewisse Änderungen herbeizuführen in der Richtung, daß die Studierenden, soweit sie Reichsausländer sind, dieselben Vorbedingungen zu erfüllen haben, wie sie in ihrem Heimatland von den Besuchern der Hochschulen gefordert werden; und es ist, was insbesondere die russischen Studierenden anbetrifft, durchaus angebracht, daß von diesen der Nachweis erbracht wird, daß sie eine Konkursprüfung abgelegt haben, wie sie für die Aufnahme an die russischen Hochschulen gefordert wird.

Es sind aber nicht nur die Bestimmungen über die Aufnahme der Reichsausländer geändert worden, sondern auch die Bestimmungen über die von denselben zu zahlenden Honorare. Wir haben in früheren Landtagen und insbesondere auf dem letzten Landtag hier die Meinung ausgesprochen — und soviel ich mich erinnere ist das unwiderprochen geblieben —, daß die Zulassung der Reichsausländer zu unseren Hochschulen nicht erschwert werden sollte durch eine extraordinäre Behandlung in bezug auf die Honorare, daß aber wohl zugelassen sei, daß für die Benützung der Universitätsinstitute von den Ausländern ein besonderes Honorar gefordert wird, weil es nicht erwünscht sei, daß die Ausländer in großer Zahl zu diesen Instituten kommen und den Inländern, insbesondere den badischen Landeskindern, die besten Plätze wegnehmen. Es ist nun durch die neuen Bestimmungen dazu geschritten worden, diese Institutsgebühren in der Weise zu erhöhen, wie Sie es in dem gedruckten Bericht erwähnt finden. Das gilt aber nur von den Universitäten. Weiter aber ist man gegangen bei der technischen Hochschule, und das geht über das hinaus, was wir auf früheren Landtagen, insbesondere auf dem letzten, als angängig und wünschenswert bezeichnet haben. Doch war die Großh. Regierung in der Festsetzung dieser Bestimmungen nicht ganz frei; sie durfte und mußte sich nach meinem Erachten anschließen an das, was an den übrigen technischen Hochschulen bestimmt ist. Und im Anschluß an das ist nicht bloß die Aufnahmetage für die Reichsausländer erhöht, sondern auch den Reichsausländern ein besonderer Reichsausländerbeitrag neben dem geordneten Honorare

aufgelegt worden und zwar im Betrage von 50 M. pro Semester; ferner wird auch für die sämtliche Prüfungen (ausgenommen die Doktor-Ingenieur-Prüfung) eine auf 75 M. erhöhte Gebühr gefordert. Wir haben über diese Sache in der Budgetkommission nicht gesprochen, ich kann daher nur meine persönliche Meinung sagen. Ich glaube, daß diese Festsetzung nicht zu beanstanden ist, weil sie in Uebereinstimmung steht mit dem, was für andere Hochschulen bestimmt ist. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß nach Mitteilung der Grösch. Regierung diese besonderen Bestimmungen für die Reichsausländer nicht zur Anwendung gebracht werden sollen gegenüber den Reichsausländern deutscher Abkunft, was gewiß nur mit Freuden begrüßt werden kann.

In der Reihe badischer Hochschulen muß jetzt schon genannt werden eine Hochschule, die erst in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung begriffen ist, das ist die Handelshochschule in Mannheim. Die Gründung und Entwicklung dieser Schule geht aus von den Wünschen und Bestrebungen der Stadtgemeinde Mannheim zusammen mit der Handelskammer in Mannheim, und sie ist ihrer Verwirklichung näher gebracht worden durch eine Verbindung der Stadtverwaltung und der Handelskammer mit der Universität Heidelberg. Die Gr. Regierung ist an diesen Verhandlungen beteiligt als Aufsichtsbehörde über die Universität Heidelberg, und sie soll, soviel wir wissen, beteiligt werden als Geldgeberin, weil die Stadt Mannheim und die, die mit ihr diese Hochschule ins Werk setzen wollen, an die Gr. Regierung mit dem Ansuchen um staatliche Zuschußleistung herantreten werden, vielleicht schon herantreten sind. Daß die Gr. Regierung bereit ist, eine solche Zuschußleistung in mäßigem Betrage zu bewilligen, wird von unserer Seite nicht beanstandet werden. Irgend einer erheblicheren Anwendung staatlicher Mittel für diesen Zweck könnte ich aber das Wort nicht reden: Es handelt sich um eine Unternehmung der Stadt Mannheim und der Handelskammer Mannheim; und wenn die staatliche Behörde ihre Genehmigung gibt, daß die Dozenten der Universität Heidelberg einen Teil ihrer Tätigkeit dieser neuen Hochschule widmen, und wenn dann noch ein mäßiger Zuschuß an Geld aus staatlichen Mitteln geleistet wird, so scheint mir alles getan zu sein, was gefordert werden kann. Als Grundsatz muß aber aufrecht erhalten werden, daß die Handelshochschule ein Unternehmen der Stadt und der Handelskammer Mannheim ist, und daß sie nicht allmählich in eine Staatsunternehmung hineinwächst.

Zu den eigentlichen Hochschulen zurückkehrend möchte ich die Stellung der wissenschaftlichen Assistenten zur Sprache bringen. Die heutige Stellung dieser Assistenten ist die der nicht etatmäßig Angestellten. Sie sind angestellt auf Kündigung, und ihre Entlohnung findet statt im Wege der Vergütung. Es befinden sich unter diesen Assistenten auch solche, und zwar in größerer Zahl, die die *venia legendi* erworben haben und als Privatdozenten eine Lehrtätigkeit ausüben, auch solche, die den Titel des außerordentlichen Professors besitzen; einige von ihnen haben auch einen staatlichen Lehrauftrag. Die wissenschaftlichen Assistenten befinden sich in einem Lebensalter von etwa 26 bis zu 40 Jahren, und ihr Lebensberuf ist, teilweise wenigstens, der akademische Lehrberuf. Es befindet sich allerdings unter ihnen auch eine größere Anzahl von solchen, die nur vorübergehend sich in den Assistentenstellen befinden, die nicht die Absicht haben, sich dem akademischen Lehrfach zu widmen, sondern die, nachdem sie ihre weitere Ausbildung in ihrer Wissenschaft erfahren haben, in die Praxis ihres Berufes übergehen. Die Assistenten sind in erster Linie berufen, den Dozenten in der Institutuarbeit und in der Anweisung der Studierenden zu unterstützen. Dieses Arbeitsgebiet hat sich aber bei einzelnen Instituten zu größerer Selbständigkeit entwickelt, sowohl in

den Institutuarbeiten als auch in der Anleitung von Studierenden. Die Assistenten werden von den Ordinarien und den etatmäßigen Extraordinarien verwendet zur Unterstützung bei den wissenschaftlichen Arbeiten der betreffenden Gelehrten, und sie werden mehr und mehr herangezogen zur Unterweisung der Studierenden, nicht nur der Anfänger, sondern auch der Fortgeschrittenen, insbesondere auch solcher, die eine Doktorarbeit an den Instituten vorbereiten. Die Stellung einzelner dieser Assistenten hat sich herausgewachsen fast bis zur absoluten Selbständigkeit gegenüber dem Ordinarius, der vielfach wegen der Menge der Studierenden, die bei ihm im Institut arbeiten, und wegen der Größe des Instituts nicht in der Lage ist, allen Studierenden seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Assistenten widmen sich häufig auch, und das sind namentlich diejenigen, die sich dem akademischen Lehrberuf zuwenden wollen, selbständig wissenschaftlichen Arbeiten; sie sind aber durch ihren eigentlichen Assistentenberuf in einer Weise in Anspruch genommen, daß sie diesen wissenschaftlichen Arbeiten nur nachgehen können, wenn sie sich auf andere Weise entlasten; dies tun sie dadurch, daß sie sich persönliche Assistenten anstellen, die sie dann auch selbst bezahlen müssen. Die ganze Einrichtung der Assistenten ist unentbehrlich, es kann die ganze Lehrtätigkeit, die ganze Institutstätigkeit nur geleistet werden, wenn eine größere Anzahl von Assistenten vorhanden ist. Sie sind also nicht vorwiegend oder ausschließlich zu ihrer eigenen Ausbildung, sondern zumeist zum Zwecke der Unterrichtstätigkeit und der wissenschaftlichen Arbeit in diesen Instituten da.

Nun ihre Entlohnung! Sie haben eine Vergütung als nicht etatmäßige Angestellte. Die Bezüge, die bezahlt werden, bewegen sich von einem Betrag von 600 Mark bis hinauf zu 1800 Mark jährlich, und die Festsetzung des Betrages hängt nicht ab von dem Dienstalter, sondern von anderen Dingen, oft von Zufällen. Es erhalten diejenigen, die in den medizinischen Instituten Verwendung finden, daneben noch freie Station, d. h. freie Wohnung und Kost, die man vielleicht auf 800—1200 Mark veranschlagen kann. Diejenigen, die den Institutsdirektor in seinen Arbeiten, auch in seinen privaten wissenschaftlichen Arbeiten wesentlich unterstützen, erhalten von dem betreffenden Herrn ab und zu auch freiwillige Zuwendungen in geringerem oder größerem Betrage, also nur freiwillige Zuwendungen, auf die ein Anspruch nicht existiert, die von dem guten Willen des betreffenden Dozenten abhängen und mit einem Wechsel des Dozenten von einem Tag zum anderen in Wegfall kommen können. Diejenigen, die Kolleg lesen, bekommen einen Anteil an den Kolleggeldern wie die anderen Dozenten, aber auch diese Beträge sind meist nicht bedeutend, ja teilweise äußerst gering, und bewegen sich in den Grenzen von 40 bis zu 1200 oder 1500 Mark. Diejenigen, die einen staatlichen Lehrauftrag erhalten haben, empfangen ein Honorar, wenn ich recht unterrichtet bin, von 800 Mark. Die Mehrzahl der Assistenten aber erhält dennoch nur Bezüge, die als Vergütung bezeichnet werden, und zum Teil daneben freie Station.

Und nun bedenken Sie, daß diese Assistenten ihre volle Arbeitskraft dem Zwecke der Universität widmen müssen, daß die Arbeit, die sie sonst noch leisten, nur in der freien Zeit geleistet werden muß, und daß die Herren nach einer langdauernden und oft recht viel Geldmittel verlangenden Vorbereitungszeit mit einer Vergütung in solch geringem Betrage sich begnügen müssen! Da erscheint es durchaus begreiflich, daß diese Herren den Wunsch nach einer Ausbesserung ihrer materiellen Lage haben. Die Assistenten der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der medizinischen Fakultäten sind auch bereits mit einem entsprechenden Ansuchen an die Gr. Regierung herantreten, und es wurde ihnen von Seiten der Regierung erklärt, daß man allerdings Hand

in Hand mit der Aufbesserung der etatmäßigen Beamten bei der Festsetzung der Vergütung für die nichtetatmäßigen Beamten auch dazu kommen werde, die Assistenten aufzubessern, aber nur in einem durchschnittlichen Betrag von 10% ihrer bisherigen Bezüge. Die Herren sind nun der Meinung, daß die jetzige Gelegenheit wahrgenommen werden sollte, um sie mehr aufzubessern, und ihre Bezüge in eine gewisse feste Ordnung zu bringen. Sie glauben, daß die Aufbesserung ihrer Bezüge durchschnittlich um 20% nicht als zu hoch bezeichnet werden könnte, und daß bei Einführung einer geregelten Abstufung begonnen werden sollte mit einer Vergütung von 1500 M., regelmäßig alle zwei Jahre um einen gewissen festgesetzten Betrag steigend bis zu einem Maximum von 2400 M. Ich für meine Person halte diese Wünsche für begreiflich und für berechtigt, und ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne dieser meiner Meinung auch hier Ausdruck zu verleihen.

Ich wende mich nun zu einer anderen Kategorie der nichtetatmäßigen und der etatmäßigen Beamten der Universität, das sind die Diener der Universität selbst und die Diener der verschiedenen Institute. Die Dienerstellen sind teilweise nicht etatmäßig, teilweise etatmäßig. Soweit sie etatmäßige Stellen sind, sind sie nach den Vereinbarungen, die von Reichswegen aus begreiflichen Gründen zu Gunsten der Militäranwärter getroffen worden sind, den Militäranwärtern vorbehalten, und die einzelstaatliche Verwaltung ist nicht in der Lage, hiervon eine Abänderung herbeizuführen. Nun ist aber die Folge dieser Regelung eine eigentümliche, Militäranwärter melden sich nicht, oder nur in ganz verschwindender Anzahl für die nichtetatmäßigen Dienerstellen, sondern sie treten erst mit ihrem Anspruch hervor, wenn eine etatmäßige Stelle frei wird, sei es daß der bisherige Inhaber wegfällt oder daß eine bisherige nicht-etatmäßige in eine etatmäßige Stellung verwandelt wird. Nun denken Sie an die Lage dieser nichtetatmäßig angestellten Personen, die seit Jahren in solchen Stellen gewesen sind, die sich im Laufe der Jahre eine gewisse Fertigkeit erworben haben in den Geschäften, die diese Dienerstellen mit sich bringen! Die Beschäftigung ist ja dort nicht nur eine rein manuelle, sondern erfordert auch gewisse technische Fertigkeiten, gewisse besondere Verstandesfähigkeiten. Wenn nun ein solcher Nichtmilitäranwärter jahrelang in einer solchen Stellung war und sich diese Fertigkeit, Gewandtheit und diese Übung erworben hat und dem Vorgesetzten als eine erwünschte Hilfskraft zur Seite steht, so tritt, wenn die Stelle in eine etatmäßige umgewandelt und ausgeschrieben wird, der Militäranwärter, wenn sich ein solcher meldet, an seine Stelle, und der bisher nicht-etatmäßig Angestellte muß den Platz räumen. Es ist ganz begreiflich, daß diese Männer darüber unzufrieden sind, und daß sie den Anspruch erheben, daß Wandel in dieser Beziehung geschaffen werde. Aber wir haben, wie gesagt, eben nicht die Möglichkeit, die Festsetzungen für die Militäranwärter zu beseitigen, und wir müssen mit dem Fortbestand dieser Bestimmungen rechnen. Wir sind also nicht in der Lage, Zivilanwärtern die Aussicht zu eröffnen, daß künftig bei der Umwandlung solcher Stellen erlöschen, daß bisherigen Inhaber der Stellen, auch dann in die etatmäßigen Stellen einrücken können, wenn Militäranwärter sich dafür melden. Die Großh. Regierung hat aber einen Weg gezeigt, auf dem man, wenn auch nicht allen Ansprüchen, so doch teilweise wenigstens diesen Ansprüchen gerecht werden kann, und das ist der Weg, daß da, wo eine besondere Vorbildung für eine solche Stelle erforderlich ist, man als etatmäßige Stelle nicht eine Dienerstelle, sondern die Stelle eines Präparators, eines Laboranten oder dergl. anfordert, gehobene etatmäßige Dienerstellen, auf die dann der Militäranwärter keinen Anspruch hat. Es ist eine Petition, die die Wünsche der Institutsdiener zum Ausdruck bringen wollte, an

dieses und auch an das andere Hohe Haus gelangt. Wir haben vorhin diese Petition in der Budgetkommission noch beraten, und ich bin beauftragt, namens der Budgetkommission zu beantragen, diese Petition möge hier im Haus für erledigt erklärt werden zugleich mit dem Ausdruck des Wunsches, daß die Gr. Regierung den Weg verfolgt, den sie selbst angezeigt hat, daß sie also überall da, wo die Natur der betreffenden Stelle es zuläßt oder erfordert, nicht etatmäßige Dienerstellen anfordert, sondern Stellen von Präparatoren und Laboranten u. dergl.

Nun komme ich speziell zur Universität Heidelberg und zwar zunächst zu dem bedeutungsvollen Institut, das vor zwei Jahren dort eröffnet worden ist, zu dem Krebs-Institut. Die wissenschaftliche Abteilung dieses Instituts leistet eine gute Arbeit, die im Kreis der wissenschaftlichen Erörterungen schon ein bedeutendes Ansehen genießt. Nicht so günstig hat sich die Krankenabteilung, das sogenannte Samariterhaus, entwickelt, namentlich nach der wirtschaftlichen Seite hin. Die Zahl derjenigen, welche in dem Samariterhaus Aufnahme gefunden haben, ist nicht so erheblich, wie das früher in Aussicht genommen war. Das wird aber wohl, so möchte ich wenigstens glauben, darin liegen, daß dieses neue Institut mit seinen bedeutenden Leistungen noch nicht soweit bekannt ist, als wünschenswert wäre. Es darf aber die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dieses Bekanntwerden nun größere Fortschritte macht, und daß dann die Aufnahme in dieses Institut in Zukunft eine vermehrte sein wird. Ich sage das nicht wegen der finanziellen Seite der Angelegenheit, sondern weil das zum Wohle der leidenden Menschheit gereichen würde.

Ein alter Bekannter in diesem Hohen Hause ist dann der Wunsch nach Errichtung einer stationären laryngologischen Klinik an der Universität Heidelberg. Ein Antrag, den dieses Hohe Haus auf dem letzten Landtage angenommen hat dahin, daß nach Möglichkeit in Kürze zur Errichtung einer solchen Klinik geschritten werden solle, konnte bis jetzt bei der Großh. Regierung noch keinen Erfolg haben. Sie hat erklären können, daß sie im Prinzip für die Errichtung einer solchen Klinik sei, daß aber die Wünsche, die von Seiten der medizinischen und der chirurgischen Klinik vorgebracht wurden, so dringender Natur, so berechtigt gewesen seien, daß diese Wünsche in erster Reihe hätten berücksichtigt werden müssen, daß ferner auch eine weitere Ausgestaltung dieser beiden Kliniken in den nächsten Budgetperioden wohl noch werde erfolgen müssen, bevor man daran gehen könne, eine stationäre laryngologische Klinik an der Universität Heidelberg in der Weise, wie der gegenwärtige Inhaber der betreffenden Lehrstelle es wünscht und für angezeigt erachtet, zu errichten. Der betreffende akademische Lehrer wünscht nämlich, daß seine ambulatoirische Klinik und die künftige stationäre Klinik in einem Hause vereinigt werden, daß dieses neue Institut in der Weise ausgestattet werde, wie andere Institute schon ausgestattet sind. Das würde einen erheblichen Kostenaufwand verursachen, und die Hand, die ihm von Seiten der Unterrichtsverwaltung geboten war, durch das Anerbieten, in einem gemieteten Hause, vorläufig einmal in etwas beschränkten Räumen, lediglich die stationäre Klinik einzurichten, ist von dem betreffenden Dozenten ausgeschlagen worden. Ich will nicht untersuchen, ob das mit Grund geschehen ist oder nicht. Das ist seine Angelegenheit. Aber nachdem er dieses Anerbieten zurückgewiesen hat, ist es immerhin begreiflich, daß die Großh. Regierung jetzt erklärt, nun müsse sie eben fortfahren, die Wünsche der anderen großen Institute zu erfüllen, man werde die Errichtung einer stationären Klinik für Laryngologie zwar im Auge behalten, könne aber nicht in Aussicht stellen, daß das in der aller-nächsten Zeit schon geschehen könnte.

Der Neubau eines Kollegienhauses bei der Universität Freiburg ist durch ein unglückliches Ereignis in ein neues Stadium eingetreten. Der bauleitende Architekt, der die Pläne für dieses bedeutende Bauwerk gefertigt hatte, ist unglücklicherweise rasch dahingerafft worden. Dadurch war erforderlich, einen neuen bauleitenden Architekten abzufinden. In welcher Weise das geschehen ist, finden Sie in dem Bericht abgedruckt. Ich will nicht näher darauf eingehen, kann aber namens der Budgetkommission erklären, daß sie mit dieser Erledigung der ganzen Angelegenheit durchaus einverstanden ist. Die Mehraufwendung von 9000 M., die wegen des Wechsels in der Person des bauleitenden Architekten erforderlich geworden ist, konnte als eine erhebliche nicht angesehen werden. Ich kann aber nicht unterdrücken, dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, daß nun aber auch mit voller Kraft an die Fertigstellung dieses Baues gegangen wird. Die Verzögerung der Arbeit in den Anfangsstadien ist eine so erhebliche gewesen, daß der Wunsch nicht nur der Freiburger Hochschule, sondern auch der Freiburger Bürgerschaft nach möglicher Beschleunigung dieser Arbeit als durchaus gerechtfertigt bezeichnet werden muß. Und das Thema der Ueberschreitungen! Ich kann auch dieses Thema nicht ganz unerwähnt lassen. Einen kleinen Anfang für Ueberschreitungen finden wir bereits dadurch gegeben, daß ein Betrag von 137 000 M. für das Mauerwerk bereits jetzt schon mehr in Aussicht genommen ist, als nach der Entwurfsarbeit angenommen war. Ich will nicht darauf eingehen, wie es das gekommen ist. Es ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Aber ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß es damit nun für die Zukunft sein Bewenden hat, und daß weitere Ueberschreitungen nicht mehr kommen werden. Das warnende Exempel gegenüber solchen Ueberschreitungen finden wir ja auf der anderen Seite der Straße (in Freiburg), wo das Bibliothekgebäude in die Lüfte ragt.

Nun bin ich am Ende meiner Berichterstattung angelangt. Der Herr Präsident hat mir aber auf meine Anfrage gestattet, nun gleich mit einigen Sätzen noch eine andere Angelegenheit zu behandeln, für deren Behandlung ich einen Auftrag von Seiten der Budgetkommission nicht erhalten habe.

Man kann bei der Behandlung des Hochschulbudgets heute viel weniger noch als in früheren Zeiten an der großen Bewegung vorübergehen, die unter den akademischen Lehrern vorhanden ist, allerdings nicht aus Schuld der Hochschullehrer selbst. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die Lehrer der deutschen Hochschulen sich im letzten Jahre zu einer Art von Korporation zusammengeschlossen haben, um ihre Rechte zu wahren, und daß sie, nicht nur die reichsdeutschen Hochschullehrer, sondern die Hochschullehrer deutscher Sprache überhaupt, entschlossen sind, von Zeit zu Zeit deutsche Hochschullehrertage abzuhalten. Es hat im vergangenen Sommer ein solcher erster Hochschullehrertag in Salzburg stattgefunden. Ein Professor aus München, von Amira, hat dort ausgesprochen, man wolle eine Professorenvereinigung gründen, nicht zur Regelung der „Lohnverhältnisse“ und nicht um etwaige Streikbewegungen zu inszenieren (Zuruf von den Sozialdemokraten: Kommt vielleicht noch!), sondern um die Hochschulen wieder auf ihren hohen Stand zu bringen und dafür zu sorgen, daß auf die Lehrstühle nur die tüchtigsten berufen werden.

Ich sagte, eine eigentümliche, eine bemerkenswerte Erscheinung der neueren Zeit! Der Gedanke einer solchen Neugründung einer Professorenvereinigung ist eingegeben worden von gewissen Befürchtungen, die in Hochschullehrerkreisen gehegt worden sind, daß die Regierungen in die Autonomie der Hochschulen eingzugreifen bestrebt

seien und daß man bereits dazu übergehe, diese auch in der Lehre, in der Pflege der Wissenschaften, in der Forschung, nicht mehr von äußeren Einwirkungen frei zu lassen. Diese Befürchtungen sind in der Tat in einem gewissen Grade begründet, nämlich außerhalb unseres Landes, namentlich im Norden und im Osten, glücklicherweise nicht in unserem Lande, und wir können mit Freude und Stolz konstatieren, daß unsere Hochschulverwaltung nicht daran denkt, in das freie Leben, das zum Besten für die Wissenschaft und Forschung auf unseren Hochschulen entfaltet ist, eingzugreifen oder eingreifen zu lassen und die Autonomie unserer Hochschulen zu beschränken. Dies haben wir der freien Auffassung, die in unserer Hochschulverwaltung vorhanden ist, zu danken; wir haben es aber auch zu danken der freien Auffassung, die in der überwiegenden Mehrheit der Angehörigen des badischen Landes zu finden ist, die auch allezeit hier in diesem Hause zum Ausdruck gebracht worden ist.

Ich halte es für durchaus berechtigt, daß die Hochschulen auf der Wacht stehen, ihren Standpunkt, wo es erforderlich ist, zu wahren suchen, und daß alle Versuche, in die freie Wissenschaft, in die freie Forschung eingzugreifen, von den Hochschulen selbst, und, wenn es denn sein soll, von jener Professorenvereinigung korporativ zurückgewiesen werden.

Die Bestrebungen, die wissenschaftliche Tätigkeit in gewisse Schranken, in gewisse Grenzen zu bannen, auch die Lehrfreiheit einzuschränken und zu reglementieren, treten zum Leidwesen des deutschen Volkes offener, energischer und autoritativer in die Erscheinung. Mehr auf diese höchst heikeln Dinge einzugehen, will ich unterlassen; aber berühren mußte ich sie als erster Redner in dieser Sache. Die Erscheinungen von Tübingen, von Bonn, von Würzburg, neuerdings auch von Straßburg, sind doch recht geeignet, Bedenken der größten Art an den Tag zu bringen. Man wird vielleicht sagen, diese Bestrebungen, die, wie gesagt, auch in autoritärer Art auftreten, bewegen sich auf dem beschränkten Gebiete der theologischen Wissenschaft, auf einem Gebiete, wo die Autorität der kirchlichen obersten Instanz walten müsse. Aber einmal ist das schon nicht richtig, daß sie sich rein auf dem theologischen Gebiete bewegen, sondern wir haben auch schon einzelne Versuche eines Eingreifens auf dem historischen Gebiete zu verzeichnen. Und wenn wir es erst einmal hingehen lassen, daß Eingriffe in die Lehrtätigkeit und die Forschung im Gebiete der theologischen Wissenschaft gemacht werden, weil sie vom staatlichen Standpunkte aus geduldet werden müßten, dann würden wir auch schon auf dem bedenklichsten Wege sein, denn dann würde die Neigung, vom theologischen Gebiete auf die anderen wissenschaftlichen Gebiete einzugreifen, immer mehr hervortreten. Darum muß es heißen: Principis obsta! Wir müssen die Lehrer an unseren Hochschulen schützen, wenn versucht wird, in ihre wissenschaftliche und insbesondere in ihre Lehrtätigkeit einzugreifen.

Wir haben in Baden Bestrebungen dieser Art auf diesem Gebiete in stärkerem Grade zunächst nicht zu befürchten; bescheidene Ansätze zu solchen Bestrebungen sind ja allerdings vorhanden, ich habe auch früher schon von solchen Ansätzen gesprochen. Aber wir wissen doch, daß auf dem Katholikentage in Würzburg ein Mann, der unter den Politikern Badens ein bedeutende Rolle spielt, sich zu diesen Fragen in einer sehr bemerkenswerten Weise geäußert hat. Es war zu einer eigentümlichen Stunde und unter besonderen Verhältnissen, daß der Katholikentag gerade in Würzburg zusammentrat, und ich kann es dem Herrn Präsidenten des Deutschen Katholikentages in Würzburg zusammenfassen, wenn er davon sprach, daß man mit Besorgnissen in diese Richtung der deutschen Katholiken eingetreten sei. Man hat Befürchtungen gehegt, daß die Dinge, die gerade dort in Würzburg vor allem brennend geworden waren, auf dem

Katholikentage zur Aussprache kommen würden. Aber die deutschen Katholikentage haben es allezeit verstanden, solche Widrigkeiten fern zu halten und denjenigen, die etwa gewillt waren, ihre abweichenden Meinungen zur Geltung zu bringen, das Wort zu verschränken. Mittel zu diesem Zwecke verschiedener Art sind ja früher schon angewendet worden, und sie haben den Erfolg gehabt, daß Gelehrten und Laien, die abweichender Meinung sind, jede Lust vergangen ist, diese abweichenden Meinungen gerade auf dem Katholikentage zum Ausdruck zu bringen. Denn die Katholikentage sind ja große Kundgebungen des — wie Sie (zum Zentrum) sagen — „katholischen Geistes“, wie wir sagen, des „ultramontanen Geistes“, und es kann für sie nicht in Anspruch genommen werden, daß da etwa ein freier Meinungsaustausch stattfindet. Damit ist nicht gesagt, daß abweichende Meinungen nicht bestehen. Sie bestehen, wir wissen das, sie ringen sich von Zeit zu Zeit an die Öffentlichkeit. Aber wir müssen dieser Tatsache gegenüber zu unserem größten Bedauern konstatieren, daß die Männer, die eine Zeit lang den Mut gehabt haben, auch in der Öffentlichkeit für ihre Ueberzeugungen einzutreten, allmählich dann, wenn von der anderen Seite gegen sie vorgegangen wird, mit mehr oder minder weitgehenden Rückzugserklärungen zurückweichen!

Ich sprach von den Worten, die ein badiſcher Politiker, der Präsident des Katholikentages in Würzburg, in dieser bedeutungsvollen schwierigen Situation gefunden hat, und welche in lapidarer Weise zum Ausdruck brachten, wie man all diesen Schwierigkeiten gegenüber immer wieder Herr zu bleiben hofft. Die Worte lauteten: „Ist die Forschung Sache der Wissenschaft, so ist die Entscheidung Sache des kirchlichen Lehramtes, und die Entscheidung mag dann fallen wie sie will: ihr gegenüber gibt es nur die Unterwerfung.“ (Abg. Fehr. von Menzingen: Sehr richtig!) Ich höre das Wort: „Sehr richtig!“ (Rufe auf Zentrumsseite: Sehr richtig!) Gewiß! Sie werden und müssen das festhalten, daß ein solcher Satz „sehr richtig“ ist. Aber bedenken Sie, wenn das von unseren wissenschaftlichen Männern eingehalten würde, so wäre das der Tod aller Wissenschaft und aller Freiheit. (Sehr richtig! links; Widerspruch auf Seiten des Zentrums). Und lassen Sie uns einen Augenblick hinübersehen über die Grenzen des Deutschen Reiches, nach Osten hin; dort ist man in der Entwicklung, die (zum Zentrum) Sie erstreben, um einige Pferdebelangen voraus. Auf dem Katholikentag der österreichischen Katholiken in Wien, welchem der Präsident des Deutschen Katholikentages von Würzburg als Abgesandter der deutschen Katholiken anwesend war, also auf einem Ableger des deutschen Katholikentages, ist von dem Bürgermeister von Wien, Rueger, der Satz gesprochen worden: „Die Volksschulen Oesterreichs haben wir schon — und den Hochschulen gilt unser Kampf, bis wir sie auch erobert haben.“ Es ist in diesen Worten eine gewisse Siegesüberblichkeit zum Ausdruck gekommen, die nach den österreichischen Verhältnissen auch wohl berechtigt war. Und gerade die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse gibt uns das Recht, hier bei der Behandlung des Hochschulbudgets mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß solche Eroberungsgelüste unseren Hochschulen in Deutschland, dem freien Leben, das da zum Wohle der Menschheit besteht, gegenüber im Sinne des deutschen Geistes zurückgewiesen werden müssen. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort: Abg. Kopf (Zentr.): Der Herr Berichterstatter ist zunächst zurückgekommen auf den Wunsch der Budgetkommission beziehungsweise auf deren Mehrheitsbeschluß vom Landtage 1905/06, daß ein besonderes Unter-

richtsministerium gebildet werden solle, eventuell daß der Oberschulrat als besondere Abteilung dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts angegliedert werden solle. Wir haben schon vor zwei Jahren seitens der Zentrumsfraktion die Erklärung abgegeben, und ich kann sie namens unserer Fraktion heute wiederholen, daß wir uns mit diesem Wunsche und mit diesem Projekte nicht einverstanden erklären können.

Zunächst scheuen wir die mit einer derartigen Organisationsänderung verbundenen erheblichen Mehrkosten, ich habe mich selbst vor zwei Jahren darüber ausgesprochen und will das nicht im einzelnen wiederholen; namentlich hat auch unser damaliger Fraktionschef Fehrenbach unsere Stellungnahme in eingehender Weise begründet. Aber abgesehen von diesen Mehrkosten sind wir weiter der Auffassung, daß eine derartige Verbindung des Oberschulrats mit dem Ministerium auch gar nicht zweckmäßig wäre. Es würde damit dem Ministerium eine Reihe von Geschäften zugewiesen, die eigentlich in eine ministeriale Instanz nicht hineinpassen, denken Sie nur an das große Personalgebiet, an die Besetzungen der Lehrer, namentlich der Hilfslehrer; diese Gebiete scheinen mir nicht Aufgabe eines Ministeriums zu sein. In dritter Linie haben wir uns auch nicht überzeugen können, daß das bisherige System wirklich große Mängel gezeitigt habe. Wir sind der Meinung, daß der gegenwärtige Apparat ganz gut funktioniert hat, und daß wir, da wir damit doch erheblich billiger wegkommen, recht gut dabei bleiben können.

Wir anerkennen, daß es unter Umständen ganz zweckmäßig sein könnte, wenn der Direktor des Oberschulrats gleichzeitig Referent im Ministerium wäre, wie das früher der Fall gewesen ist; und wenn das seitens des Ministeriums wieder herbeigeführt werden soll, so würde das bei uns keinerlei Widerspruch begegnen, da es unter Umständen zweckmäßig sein mag. Ich möchte aber auch demgegenüber noch darauf hinweisen, daß gerade, wenn es sich um eigentlich lehrtechnische Fragen handelt, der Oberschulrat doch zweifellos eingehend zum Worte kommt, und daß es hier in den meisten Fällen sehr zweckmäßig sein wird, wenn eben ein ganzes Kollegium, und nicht ein Einzelnr, derartige Fragen zunächst prüft und dem Ministerium ein reiflich erwogenes Gutachten abgibt. Soweit nur Personalfragen und dergleichen in Frage stehen, so liegt ja (bei Volks- und Mittelschulen) heute die ganze Entscheidung gewöhnlich doch beim Oberschulrat, und es wird das Ministerium, soweit es überhaupt mitzureden hat, sich ja wohl in den meisten Fällen an die Vorschläge des Oberschulrats halten.

Wir, das möchte ich wiederholen, die Minderheit auch der Budgetkommission, wollen eine Aenderung nicht, weil wir der Ansicht sind, daß wir in unserem Lande ohnedies schon verhältnismäßig viele Ministerien haben und daß wir die Zahl dieser Einrichtungen und Beamtenstellungen nicht vermehren dürfen, vielmehr eher auf eine Vereinfachung hinarbeiten müssen.

Wenn insbesondere hervorgehoben worden ist, daß den Kreis Schulräten erweiterte Funktionen gegeben werden sollten, so will mir das ganz besonders nicht als eine Vereinfachung erscheinen. Man kann zugeben, daß die Zahl der Kreis Schulräte allmählich noch erweitert werden kann. Aber wenn wir dazu übergehen sollten, wie es der Herr Berichterstatter gemeint hat, den Kreis Schulräten erweiterte Befugnisse auch in verwaltschaftlicher Hinsicht zu geben, so würde das doch notwendig machen, daß die Kreis Schulräte ein besonderes Bureau bilden, sie müssten entsprechende Hilfskräfte haben usw. Das würde einen sehr komplizierten Apparat geben, und doch könnten die Kreis Schulräte speziell in das sehr wichtige Gebiet der Stellenbesetzung nicht eingreifen; denn ganz natürlich können die Stellenbesetzungen nur von

einer Zentralstelle ausgehen, die das ganze Land, nicht bloß einen kleinen Bezirk überschaut, die ihre Entscheidungen nach den Bedürfnissen des ganzen Landes treffen kann.

Was nun im Einzelnen die Hochschulen betrifft, so kann ich auch meinerseits nur meiner Beiriedigung und Freude darüber Ausdruck verleihen, daß sie sich in blühendem Stande befinden, daß die Zahl der Hörer an den beiden Universitäten wächst. Ich bin bezüglich der technischen Hochschule ebenfalls der Meinung des Herrn Berichtstatters, daß der Rückgang der Hörerzahl an sich zu Besorgnissen oder Bedenken keinen Anlaß gibt, daß er auf die höheren Anforderungen, die mit Recht jetzt gestellt wird, zurückzuführen sein wird. Es kann ja für die Intensität der Unterrichts nur förderlich sein, wenn unsere technische Hochschule nicht gerade überlaufen wird, insbesondere von Leuten, denen die genügende Vorbildung fehlt.

Gerade was die Ausländerfrage betrifft, sind wir mit den Maßnahmen, die die Großh. Regierung getroffen hat, durchaus einverstanden. Man hat mindestens so weit gehen müssen; selbst wenn man noch einen Schritt weiter gegangen wäre, könnte ich darin nichts Bedenkliches erblicken. Es geht nicht an, daß unsere eigenen Landeskinder sich darüber beklagen müssen, daß sie bei den technischen Instituten und dergl., wo eigentlich nur eine kleinere Hörerzahl den Unterricht und alles sonstige genau verfolgen kann, durch eine Menge von Leuten, die, wie eben bereits erwähnt wurde, doch in mancher Hinsicht bezüglich ihrer Vorbildung nicht das geleistet haben, was wir mit Recht fordern, verkürzt werden, und es ist da ganz gut, wenn von den Ausländern ein, gegenüber dem, was man bisher verlangt hat, höheres Honorar gefordert wird. Man hat da einen ganz guten Schritt getan und wird die Einrichtung unbedenklich beibehalten dürfen. Auch damit bin ich ganz einverstanden, daß man gegenüber Reichsausländern deutscher Sprache zu einem derartigen System nicht übergeht; denn wir wollen selbstverständlich gegenüber den Schweizern, den Österreichern, gegenüber allen Deutschen, die auswärts wohnen, Gastfreundschaft im weitesten Maße üben, wie es ja auch in den betr. Ländern geschieht.

Was nun speziell die Aufwendungen betrifft, so ist es ja eine allerdings nicht ganz unbedenkliche Erscheinung, daß die Staatsdotationen für die Universitäten in jedem Budget ganz erheblich wachsen. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Unser Land hat in diesen drei Hochschulen zweifellos eine recht große finanzielle Last. Es ist aber natürlich Niemand in unseren Reihen, überhaupt in diesem hohen Hause, der deswegen etwa die Schlussfolgerung ziehen wollte, eine der Anstalten aufzugeben. Wir sind ja stolz darauf, daß wir drei Anstalten unterhalten können, und wir wünschen auch, daß sie sachgemäß ausgestaltet werden.

Wenn jedoch für Heidelberg die Dotation, außer dem außerordentlichen Budget, wieder um 100 000 Mk., für Freiburg um annähernd 80 000 Mk. und für Karlsruhe um 50 000 Mk. erhöht worden ist, so sind das Ziffern, die im Laufe der Zeit natürlich eine gewisse beunruhigende Höhe erreichen und gegenüber denen man allerdings nicht zu einer engherzigen und knauserigen, aber immerhin zu einer vernünftigen Sparlichkeit und zu einem Rechnen mit unseren Mitteln mahnen darf.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus, kann ich mich dem, was der Herr Berichtstatter über die Handelshochschule in Mannheim ausgesprochen hat, nur vollständig anschließen. Wenn die Stadt Mannheim eine Handelshochschule errichten will, so ist das ja nur zu begrüßen. Wir wünschen ihr besten Erfolg. Aber darüber dürfen sich die Mannheimer keiner Täuschung hingeben: Eine vierte Hochschule auf Landeskosten können wir unmöglich errichten, und wenn

wir auch dagegen nichts erinnern wollen, daß das geplante Unternehmen mit einem mäßigen Staatszuschuß bedacht wird, so wollen wir doch daraus kein Fehl machen, daß nach unserer Meinung dieser Staatszuschuß für alle Zeiten nur ein sehr mäßiger bleiben muß. Es darf nicht so gehen, wie es bei manchen jetzt staatlichen Instituten gegangen ist, daß man zuerst mehr privatim oder seitens einer Gemeinde begonnen hat und daß dann allmählich eine Staatsanstalt daraus hervorgegangen ist. Darauf können wir uns unter gar keinem Gesichtspunkt einlassen. Das würde die Lasten des Landes für die Hochschulen geradezu zu einer unerträglichen Höhe steigern, und demgegenüber sagen wir jetzt schon mit Recht: Principiis obsta. Wir bitten die Großh. Regierung, den versprochenen Zuschuß jedenfalls nur recht mäßig zu bemessen.

Bei der Frage des Lehrkörpers hat der Herr Berichtstatter auf die wissenschaftlichen Assistenten abgehoben und einer Aufbesserung ihrer Bezüge das Wort geredet. Ich kann mich im allgemeinen damit einverstanden erklären. Dem Bedauern möchte ich allerdings bei diesem Anlaß Ausdruck verleihen, daß der Zuzug bei den Dozenten der Hochschulen sich so wenig aus den Kreisen der eigenen Landeskinder (Sehr richtig! im Zentrum) und aus dem süddeutschen Element rekrutiert. Es ist natürlich schwer zu sagen, worauf das zurückzuführen ist. Aber die bedauerliche Erscheinung kann kein Mensch beabreden. Es hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß die Karriere eines Universitätsprofessors insofern eine außerordentlich ungewisse, dornenvolle ist, als es eben sehr lange Zeit geht, bis man einen Lehrstuhl erreicht. Es ist vor zwei Jahren schon nach der Richtung Bemerkenswertes gesagt worden. Ich erinnere nur an das, was der Herr Kollege Quenzer damals eingehend ausgeführt hat. Wir stehen in der Tat hier vor einer gewissen Gefahr, daß die akademischen Lehrstühle mehr und mehr das Privilegium der reichen Leute werden, und soweit auf dem Salzburger Hochschullehrtage Professor von Amira Vorträge in der Richtung angeregt hat, daß immer nur die Tüchtigsten auf die Lehrstühle berufen werden, kann man sich seinen Ausführungen durchaus anschließen. Aber gerade aus diesem Teil der Ausführungen des Herrn Professors v. Amira ist hervorgegangen, daß auch er den Eindruck gehabt hat, daß vielleicht da und dort doch nicht so ganz nach diesem Grundsatz verfahren wird, sei es nun, daß eben tüchtigere Leute vielleicht des langen Wartens überdrüssig eine andere Stellung gesucht haben, sei es, daß sich Einflüsse geltend gemacht haben, wie sie eben zweifellos bei einem Kollegium sehr leicht verkommen können, das das Vorschlagsrecht immer auszuüben in der Lage ist und sich vielfach aus seinen Reihen wieder ergänzt. Demgegenüber ist es allerdings, Aufgabe der Großh. Regierung, wenn die Universitäten ihr Vorschlagsrecht, die Übung des Vorschlagsens, die ganz zweckmäßig ist, und ihnen nicht genommen werden soll, ausüben, sich ihrer Prüfungsspflicht nicht zu entschlagen, denn verantwortlich der Volksvertretung gegenüber, die auch hierüber zu wachen hat, ist immer die Großh. Regierung. Ihre Aufgabe wird es natürlich sein, soweit Vorschläge der Fakultäten in Frage kommen, eine Prüfung dahin einzutreten zu lassen, ob in der Tat alle geeigneten Kräfte, die da in Betracht kommen könnten, berücksichtigt sind und ob die Gründe, die für den oder jenen in die Wagchale geworfen werden, auch nach allen Richtungen hieb- und stichfest sind.

Auf der anderen Seite wird man vielleicht der bedauerlichen Tatsache, daß aus dem gegenüber dem Norden etwas ärmeren Süddeutschland der Zudrang zu dem akademischen Lehrberuf ein geringerer, sogar ein recht geringer geworden ist, im Interesse der eigenen Landes-

linder in der Weise begegnen müssen, daß die Groß-Regierung eben mehr und mehr dazu übergeht, jungen Dozenten, sofern sie sich im Lehrberuf bewährt haben, in der Art unterstützend zur Seite zu stehen, daß sie ihnen einen Lehrauftrag erteilt, daß sie gewisse, wenn auch bescheidene Gehälter auswirft. Es ist uns ja vor zwei Jahren schon erklärt worden, daß das bei uns bereits in ziemlich reichlichem Maße geschehe. Jedenfalls darf an diesem System nichts geändert werden, es muß eher erweitert werden. Denn es liegt wirklich in unserem und auch im Interesse der Wissenschaft, daß man hervorragend begabten Leuten, auch wenn sie nicht gerade zu den reichsten gehören, die Möglichkeit verschafft, diesen akademischen Lehrberuf ergreifen zu können. Es ist für uns Badener, auch für ganz Süddeutschland, eine Art Ehrenpunkt, der hier in Frage steht, und es wäre außerordentlich peinlich, wenn wir schließlich zu einem Zustand geraten würden, wo man konstatieren muß, daß der Prozentsatz der Badener unter den akademischen Lehrern ein verhältnismäßig ganz minimaler geworden ist. Wir müssen dafür, soweit es uns möglich ist, sorgen, daß dieser Zustand nicht eintreten kann.

Nun hat der Herr Abg. Obkircher in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, nicht als Berichterstatter, am Schlusse seines Vortrags einige Ausführungen gemacht, auf die ich eingehen muß. Er hat hingewiesen auf die große Bewegung der Hochschul-Lehrer, die in letzter Zeit entstanden sei, und die zu dem Hochschul-Lehrertag in Salzburg geführt habe, wo von der Gründung einer Hochschulprofessoren-Gewerkschaft gesprochen worden sei. Nach einer Richtung habe ich über diesen Tag schon zustimmend gesprochen. Wenn aber dort von einem Eingriff in die Autonomie der Hochschulen gesprochen worden ist, und wenn die Hochschullehrer das Bedürfnis empfunden haben, dagegen Front zu machen, so möchte ich meinerseits sagen, daß die Volksvertretung allen Anlaß hat, sich nach der Richtung keineswegs einschüchtern zu lassen. Ich bin der Meinung, daß, wenn man auch der historischen Entwicklung der Universitäten tünlichst Rechnung trägt, das Land, die Volksvertretung, die so reiche Mittel für die Universitäten bewilligen muß, und die Regierung, die diese bewilligten Mittel verausgaben muß, keineswegs ausgeschlossen werden dürfen, und daß es das Recht der Regierung bleiben muß, insofern auch in die vermeintliche Autonomie der Hochschulen einzugreifen, daß sie sich an den Vorschlag der Fakultäten bezüglich der Besetzung der Lehrstühle absolut nicht gebunden betrachtet; wir kämen sonst auf Abwege. Ein Teil der Ausführungen in Salzburg war dagegen gerichtet, daß sich die Regierung in Preußen nicht absolut an die Vorschläge der Fakultäten gebunden, sondern sich erlaubt hat, da und dort auch andere Wege zu gehen. Wollte man einfach das Prinzip aufstellen, daß die Vorschläge der Fakultäten absolut maßgebend sind, so würde dies die größten Gefahren für die Wissenschaft und die sachgemäße Auswahl der Dozenten haben. Es könnte gar nicht ausbleiben — das ist menschlich erklärlich, und es soll nach keiner Seite hin ein Vorwurf gemacht werden —, daß in solch abgeschlossenen Kollegien auch noch andere Rücksichten mitspielen, daß Empfehlungen, persönliche Beziehungen usw., unter Umständen auch die politische Stellung, eine gewisse Rolle spielen. Diesen Gefahren gegenüber, durch die eine gewisse Zuzucht heraufbeschwohren werden könnte, ist notwendig, daß die Regierung und die Volksvertretung sich das Recht wahren, an den Universitäten Kritik zu üben, und daß die Regierung gründlich prüfen, ob, wenn von einer Fakultät ein Vorschlag gemacht wird, vom Vorschlagsrecht in der Tat auch in der richtigen Weise Gebrauch gemacht worden ist.

Der Herr Abg. Obkircher ist dann auf gewisse Vorfälle zu sprechen gekommen, die in Würzburg, in

Tübingen und in Bonn vorgekommen seien, und hat von den Gefahren gesprochen, die da für die akademische Lehrfreiheit bestehen. Er hat dann allerdings gesagt, in unserem Lande seien diese Mißstände noch nicht zu Tage getreten, wohl aber leise Ansätze. Demgegenüber möchte ich meinerseits sagen: Wir wünschen, daß die Freiheit der Wissenschaft, so weit sie nicht das theologische Lehrgebiet betrifft, unter allen Umständen hochgehalten wird, und würden nie einem Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft das Wort reden. Nach der Richtung können Sie vollkommen unbesorgt sein.

Es ist auf Tübingen hingewiesen und erklärt worden, dort sei sogar auf das historische Gebiet eingegriffen worden. Die württembergische Regierung hat Veranlassung genommen, den Hergang amtlich zu veröffentlichen. Wir haben dort gehört, daß ein Professor ein Kolleg lesen wollte und seit einer Reihe von Jahren gelesen hat „über Legendenbildung“. Es gehört nach meiner Meinung ein eigentümlicher Geschmack dazu, Jahr für Jahr dieses Gebiet auszusuchen, und ich glaube, für die Ausbildung der Zuhörer, wenn sie auch meist aus Theologen bestehen, wäre es besser, nicht immer dasselbe Thema und gerade dieses zu behandeln. Es gäbe noch eine reichliche Auswahl. Aber darüber will ich mich nicht auslassen, das ist Sache des betr. Professors. Es ist aber durch die amtliche Erklärung der Regierung festgestellt worden, daß der Bischof in dieser Sache amtlich nicht eingegriffen hat. Der Bischof hat lediglich in einer Unterredung mit dem Konviktsdirektor gesagt, es wäre erwünscht, wenn diese Vorlesung nicht immer wieder gehalten würde, und der Konviktsdirektor hat seinerseits Veranlassung genommen, es dem betr. Professor mitzuteilen und zwar in einer Art, daß dieser glaubte, daraus den Schluß ziehen zu dürfen, den Theologen würde der Besuch seiner Vorlesung verboten, wenn er dem Wunsche des Bischofs nicht entspräche. Der Konviktsdirektor hat aber dazu gar keinen Auftrag gehabt. Von einem Eingriff des Bischofs in das Gebiet der Geschichtsforschung kann also in keiner Weise die Rede sein.

Was nun das theologische Gebiet betrifft, so werden die Herren auch wissen, und damit haben auch Sie sich abzufinden, daß das, was unser verehrter Herr Präsident auf dem Würzburger Katholikentag gesagt hat, durchaus den kirchlichen Grundsätzen entspricht. Das ist nicht etwas Neues, sondern das ist alle Zeit so gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum). Die theologische Wissenschaft ist frei, soweit nicht das kirchliche Dogma in Frage steht. Die Theologen, auch die Theologie-Studierenden, unterstehen ja allerdings der Aufsicht des Bischofs. Dem Bischof kann es doch nicht einerlei sein, wie sein künftiger Klerus herangezogen wird; die Theologen werden ja seine Diener, die Diener der Kirche. Daß ihm da ein Einfluß auf ihre Ausbildung zugebilligt werden muß, das war immer so und muß so sein. Dem ist auch vom Staate insofern Rechnung getragen worden, als er bei der Besetzung eines Lehrstuhls der Theologie beim Bischof anfragt, ob gegen den Vorge schlagenen in kirchlicher Hinsicht nichts zu erinnern sei. Es muß diesem vom Bischof die *venia legendi* erteilt sein, sonst kann er für Theologen nicht lesen. Das ist alles durchaus nichts Neues. Die katholische Kirche kennt ein kirchliches Lehramt, und so weit es Glauben und Sitte betrifft, sind die Theologen diesem Lehramt unterworfen. Nichts anderes hat der Präsident des Würzburger Katholikentages gesagt. Er hat ausgeführt, daß es Aufgabe der Wissenschaft, auch der theologischen, sei, zu forschen, zu arbeiten, zu studieren. Wenn aber zweifelhafte Fragen des Glaubens und der Sitten kämen, insbesondere wenn das Dogma in Frage stehe, so entscheide in letzter Linie das kirchliche Lehramt. Mehr hat nicht gesagt werden sollen und mehr ist nach

meiner Kenntnis der Verhältnisse auch nicht gesagt worden. (Abg. Dr. Obkircher: Das ist schon genug!)

Es sind einzelne Fälle vorgekommen, so in Bonn der Fall Schrörs. Bekanntlich ist aber da eine Lösung gefunden worden. Man kann darüber sehr geteilter Meinung sein, und ich selber bin auch nicht der Meinung, daß es gerade notwendig war, den Theologiestudenten wegen der betreffenden Schrift sofort den Besuch der Vorlesungen zu verbieten. Auch wir bedauern es, wenn in der Raschheit des Urteils ein Schritt unternommen wurde, der eigentlich nicht notwendig war. Aber der kirchliche Grundsatz muß festgehalten werden, und den werden wir verteidigen gegen Jedermann, daß in letzter Linie, soweit das Dogma, die Moral in Frage steht, das kirchliche Lehramt entscheidet, und daß die theologische Wissenschaft vor dieser Tatsache, vor dieser dogmatischen Feststellung Halt machen muß. Ich kann nicht finden, daß damit der Wissenschaft der Tod gegeben ist, denn den weltlichen Fakultäten wird kein Haar gekrümmt und auch auf theologischem Gebiete bleibt der Wissenschaft innerhalb der von dem Lehramt gezogenen Schranken noch ein weites Gebiet für die unabhängige Forschung.

Wenn der Herr Abg. Obkircher nun gemeint hat, das, was der Herr Präsident des Würzburger Katholikentages nach der Richtung gesagt habe, sei eben nicht eigentlich katholisch, sondern lediglich eine Rundgebung ultramontanen Geistes, so müssen wir das unsererseits auf das entschiedenste zurückweisen. Es gibt überhaupt, richtig verstanden, keinen Unterschied zwischen ultramontan und katholisch. Ultramontan sein heißt doch weiter gar nichts, als anerkennen, daß jenseits der Berge in Rom das maßgebende Oberhaupt der Kirche wohnt, und daß man sich seiner Leitung unterwerfen muß, soweit sie das Gebiet des Dogmas und der Moral betrifft. Wer das kirchliche Lehramt Roms auf diesem Gebiete nicht anerkennt, der stellt sich außerhalb des kirchlichen Dogmas und der Kirche überhaupt und kann nicht beanspruchen, daß man ihn als Katholiken betrachte. Aber ganz verfehlt war der Sinn der Ausführungen bezüglich der auf dem Katholikentag in Würzburg gehaltenen Rede. Darüber mag sich der Herr Kollege Obkircher beruhigen, alle gläubigen Katholiken, die es also in jeder Richtung noch sein wollen, stehen auf dem gleichen Standpunkt, den der Herr Präsident des Katholikentages in Würzburg ausgesprochen hat, und ich glaube, daß unter den Herren, die in letzter Zeit auf theologischem Gebiete da und dort von sich reden gemacht haben, nicht ein einziger ist, der es wagen würde, den Satz, den der Präsident des Katholikentages ausgesprochen hat, anzusehen.

Der Herr Kollege Obkircher ist dann auch noch zu sprechen gekommen auf den Wiener Katholikentag und er hat dort die Rede erwähnt, die damals der Herr Bürgermeister Vueger von Wien gehalten hat. Es ist richtig, er hat dort in großer Kürze — es war allerdings etwas lapidar — betont, daß es die Aufgabe der Katholiken sei, nun heute auch den Kampf gegen die Hochschulen zu führen. Ich kann dem Herrn Kollegen Obkircher zugeben, daß die Äußerung so in dieser Allgemeinheit mißverstanden werden kann. Es hat auch, soviel ich gelesen habe, die christlich-soziale Partei in Oesterreich Veranlassung genommen, diese Sache bei der nächsten Gelegenheit durchaus klar zu stellen. Für Jeden, der sich in diesen Dingen auskennt, war es aber auch klar. (Abg. Dr. Obkircher: Ratione temporum habita). Durchaus nicht! Wir stehen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung Aller, wir wollen keine Vorrechte, und auch die österreichischen Katholiken und Vueger wollen keineswegs, daß an den österreichischen Hochschulen nur der gläubige Katholik oder gar nur die Mitglieder der christlich-sozialen Partei angestellt werden. Das nicht! Vueger hat wie auf anderen Gebieten lediglich den Kampf ankündigen wollen dagegen, daß in Oesterreich speziell

das Judentum und auch der Liberalismus einen übrigens weit über seine sonstige Bedeutung hinaus gehenden Einfluß erlangt hat. Es ist eine Tatsache, die nicht bestritten werden kann, daß in Oesterreich der weit überwiegende Teil der Lehrstühle an den Universitäten ausschließlich in den Händen einer gewissen unduldsamen Clique ist, die gläubige Katholiken auch in dem katholischen Oesterreich absolut nicht auskommen lassen will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und es ist auch weiter Tatsache, daß namentlich das Judentum einen kolossalen Prozentsatz in der österreichischen Professorenenschaft ausmacht, und wenn Vueger als alter Antisemit — ich folge ihm in dem Antisemitismus durchaus nicht, ich habe dafür nie ein besonderes Verständnis gehabt — behauptet hat, daß hier ein Mißstand vorlag, so muß man auch daran denken, daß man dort in der Professorenenschaft in dieser Richtung mit einem in gar keinem Verhältnis zu der zahlenmäßigen Wirklichkeit stehenden Einfluß des unduldsamen Liberalismus zu rechnen hat, und wenn man nun dort einmal den gläubigen Christen die Gleichberechtigung auf den Universitäten erkämpfen will, so ist das in gar keiner Weise zu beanstanden. Das ist ein gutes Recht, und mehr wollen wir nicht, mehr wollen auch die österreichischen Katholiken nicht.

Wir bedauern und müssen auf das tiefste beklagen, daß auch wir deutschen Katholiken auf den Universitäten viel zu wenig berücksichtigt und viel zu wenig vertreten sind. Ich will damit keineswegs den Vorwurf erheben, daß auch jetzt noch eine systematische Zurücksetzung junger Gelehrter erfolgt, weil sie unserem Glauben angehören. Nach der Richtung haben sich die Dinge unter dem Einfluß der Politik, die wir vertreten, unter dem Einfluß der Politik der Gleichberechtigung und des steten Hinweises auf die Parität, zweifellos verhältnismäßig gebessert. Ich weiß, daß der Zugang von Katholiken zu dem akademischen Lehrberuf verhältnismäßig gering ist, aber das wollen wir doch einmal feststellen, daß es eine Zeit gegeben hat, wo auch sehr tüchtige Katholiken auf den Universitäten absolut nicht ankommen konnten. Ich erinnere da nur an den Herrn von Hertling in München, der 22 oder wie viele Jahre in Bonn als Privatdozent herumstehen konnte, bis er eine Anstellung in München fand und dessen hervorragende Leistungen vor allem auf schriftstellerischem Gebiete von Keinem bestritten werden können. Ich könnte noch eine ganze Reihe dergleichen Herren hier anführen. Daß das natürlich auf den Trieb der deutschen Katholiken, sich diesem Berufe zuzuwenden, hemmend gewirkt hat, ist auch selbstverständlich. Diese Mißerfolge schädigten uns auf viele Jahre hinaus, und es ist auch jetzt noch in weiten Kreisen unserer tüchtigsten jungen Männer die Befürchtung des Mißerfolgs vorhanden, und es ist begreiflich, daß da der eine oder der andere (ganz abgesehen von der geringen Zahl der Lehrstühle) sich abschrecken läßt, weil er weiß, wie oft früher die Versuche hervorragender Katholiken mißglückt sind. Wir stehen heute nicht mehr auf dem Standpunkt, junge Männer vor dem Privatdozentum zu warnen, und wenn Jemand zu mir kommt und ist geeignet, dann sage ich ihm: Ergreifen Sie diese Karriere! Ich hoffe, daß Sie uns in diesem Bestreben nicht entgegneten. Wir wollen gar nichts anderes, als daß Alle nach der Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die religiöse und politische Betätigung auf die Lehrstühle berufen werden, und wenn Sie uns in dem Streben, uns auch auf wissenschaftlichem Gebiete hervorzuheben, unterstützen, dann sind Sie unseres Dankes sicher.

Nach diesen Ausführungen möchte ich noch einige Bemerkungen zu den Universitäten Heidelberg und Freiburg machen. Ueber die Universität Heidelberg habe ich nur wenig zu bemerken, weil mir die Verhältnisse dieser Universität natürlich etwas fern liegen. Der Herr

Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß wir vor 2 Jahren der Regierung gegenüber den Wunsch geäußert haben, daß eine stationäre Laryngologische Klinik in Heidelberg errichtet werde. Der Herr Berichterstatter hat uns weiter mitgeteilt, daß die Regierung erklärt habe, sie wäre nicht zustande gekommen, weil der betr. Dozent das Haus, das ihm zu diesem Zwecke angeboten war, nicht für geeignet erklärt habe, weil er verlangt habe, daß die Klinik in einem großen Hause untergebracht werde, in dem er auch seine Privatklinik unterbringen könne. Demgegenüber wird mir von einer Seite, die durchaus zuverlässig unterrichtet ist, mitgeteilt, daß die Sache doch ein klein wenig anders liegt. Es sei ganz richtig, daß dem Herrn ein Haus angeboten worden sei, aber dieses Haus sei in gar keiner Weise geeignet. Dieser Umstand sei es gewesen, der den Herrn veranlaßt habe, zu erklären, daß er darin eine Klinik nicht errichte. Die Ungeeignetheit des Hauses, nicht etwa der Umstand sei für ihn entscheidend gewesen, daß er in dem gleichen Haus auch seine Privatklinik habe unterbringen wollen. Ich möchte nun allerdings glauben, daß die Errichtung einer derartigen Klinik notwendig ist. Wir in Freiburg haben seit einer Reihe von Jahren eine solche; bei uns hat man sie als außerordentlich dringlich bezeichnet, und sie wirkt bei uns sehr gut. Ich kann mir nicht recht denken, wie ein Universitätsbetrieb möglich ist, wenn es an einer derartigen Klinik fehlt. Die Grob-Regierung hätte alle Veranlassung, diesen Wünschen des betreffenden Professors doch etwas mehr entgegenzukommen.

Wenn ich nun auf die Universität Freiburg zu sprechen komme, so bedauere ich außerordentlich, daß die Grob-Regierung uns in den Erläuterungen zum Budget mitgeteilt hat, daß der Bau unseres neuen Kollegienhauses erst im Jahre 1911 fertig werden sollte. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1905 begonnen wurde, so will es mir doch scheinen, daß hier ein sehr langsamer Gang eingeschlagen wird; bei entsprechend gutem Willen sollte es doch möglich sein, die Sache etwas zu beschleunigen. Unsere Universität hat einen Besuch aufzuweisen, der es wirklich geboten erscheinen läßt, daß wir für genügende Auditorien sorgen und daß auch ein der Universität würdiges Heim erstellt wird. Ich möchte also recht dringend bitten, daß der Bau beschleunigt wird. Vor allem aber möchte ich bitten, daß es nicht noch zu weiteren Verzögerungen kommt, wie wir sie f. Bt. bei der Universitätsbibliothek erlebt haben, die ja tatsächlich zum Gespötte geworden ist, weil die Fertigstellung eben viele Jahre gedauert hat.

Was nun die Vergabung der Arbeiten an diesem Universitätsneubau betrifft, so ist mir darüber Klage geführt worden, daß auch da wieder manche Arbeiten an einen Großunternehmer möchte ich sagen vergeben worden sind, daß nicht eine Teilung der Arbeiten vorgenommen worden ist, so daß es möglich gewesen wäre, einzelne Arbeiten in zwei oder drei Losen an verschiedene Handwerker zu vergeben. Ich will hierüber an dieser Stelle nicht deutlicher werden. Das ist keine richtige Berücksichtigung unseres Gewerbe- und Handwerkerstandes; gerade hier müßte die Grob-Regierung mit gutem Beispiel vorangehen und ihrerseits aufs strengste darauf halten, daß hier möglichst weite Kreise und nicht nur einzelne Großunternehmer berücksichtigt werden. Es ist ohnedies schon unangenehm aufgefallen, daß die größten Arbeiten wieder an auswärtige Firmen vergeben wurden. Das macht böses Blut. Man müßte den Grundsatz, den man für Submissionsarbeiten aufgestellt hat, daß, wenn möglich und bei nicht großem Unterschied der Angebote, die Leute am Platze möglichst berücksichtigt werden sollen, auch bei derartigen großen Staatsarbeiten tunlichst durchführen.

Es sind, wie wir aus den Erläuterungen zum Budget sehen, in Freiburg drei Erweiterungsbauten

zu vorhandenen Kliniken geplant, die aus Grundstockmitteln erstellt werden sollen. Ich möchte doch einem gewissen Bedenken darüber Ausdruck geben, daß in Freiburg fortdauernd die Grundstockmittel der Universität derartig verwendet werden. Wir werden eines Tages — das kann gar nicht mehr lange dauern, wenn es so fort geht — vor dem Zustand stehen, daß überhaupt keine baren Grundstockmittel mehr übrig sind, und wenn dann irgendwie einmal eine Strömung gegen das Bestehen von drei Hochschulen käme, könnte man darauf hinweisen, daß rentierende Kapitalien nicht mehr da sind, es könnte also unter Umständen eine Gefahr für die Universität Freiburg entstehen. So gut man es in Heidelberg fertig gebracht hat, alles, was für die Universität an neuen Kliniken u. dgl. nötig ist, aus Landesmitteln zu erbauen, sollte es auch an der Universität Freiburg möglich sein. Ich möchte auch an dieser Stelle den dringenden Wunsch aussprechen, daß wir wenigstens in Zukunft davon absehen, die Grundstockmittel in dieser Weise zu verwenden. Ganz besonders bedauere ich es, daß man aus Grundstockmitteln Erweiterungsbauten erstellt zu Gebäuden, die der Staat gebaut hat, wie bei der Frauenklinik. Das gibt ein Durcheinander der Rechtsverhältnisse, das auf die Dauer recht gefährlich werden kann. Hat einmal der Staat das Hauptgebäude erstellt, so sollte es nicht vorkommen, daß man noch ein Stück aus Grundstockmitteln daranfließt; es muß dafür gesorgt werden, daß ein und dasselbe Rechtsobjekt Eigentümer des ganzen Gebäudes bleibt.

Was die Nervenabteilung der psychiatrischen Klinik betrifft, so bin ich außerordentlich dankbar, daß dieselbe jetzt gebaut werden soll. Sie entspricht zweifellos einem Bedürfnis. Wir sind nur darüber in der Budgetkommission im Zweifel gewesen, ob die Stellung, die diese Anstalt erhalten soll (gerade vor dem Hauptgebäude), die richtige ist. Es ist damit der Blick auf die Hälfte des Hauptgebäudes einfach genommen. Das scheint mir schon aus ästhetischen Gründen nicht gerade wünschenswert zu sein. An sich hätte ich es am liebsten gesehen, wenn es sich hätte ermöglichen lassen, diese Anstalt hinter das Hauptgebäude zu legen. Wenn das aber nicht geht, so wäre es meines Erachtens besser, das neue Gebäude in Längsrichtung von der Straße weg nach dem Hauptgebäude zu erbauen, damit der Blick auf das Hauptgebäude weniger beeinträchtigt wird. Der Gesamteindruck würde ein besserer sein.

Was nun die Professuren betrifft, so ist für semitische Sprachen die Errichtung einer ordentlichen Professur geplant. Ich will damit nicht rechten, aber das will ich doch sagen: Es ist mir von einer Seite, die es ganz genau wissen kann, mitgeteilt worden, daß gerade dieser Lehrstuhl für semitische Sprachen jedenfalls nicht mit zu den dringlichsten gehört, daß insbesondere die Zahl der Hörer hierbei eine außerordentlich kleine ist. Das kommt daher, daß diejenigen, welche die semitischen Sprachen treiben, hauptsächlich Theologen sind, diese aber für sich einen eigenen Lehrstuhl für semitische Sprachen haben. Ich verweise nun gegenüber der Fakultät, mit der man gleichwohl ein Ordinariat für semitische Sprachen schafft, auf einen alten Wunsch der theologischen Fakultät wegen Errichtung weiterer ordentlicher Professuren. Ich habe das auch schon in der Budgetkommission zur Sprache gebracht, es ist auch früher in diesem Hohen Hause zur Sprache gebracht worden; es widerstrebt einem ordentlich, immer wieder auf diese Dinge zurückkommen zu müssen. Aber es würde in der Tat geradezu auffallen, wenn ich es nicht auch hier wieder zur Sprache bringen würde. Die theologische Fakultät hat seit einer Reihe von Jahren den dringenden Wunsch geäußert, daß die außerordentlichen Professuren für Apologetik und für patristische Fächer und christliche Archäologie in ordentliche Professuren ver-

wandelt werden. Das finanzielle Opfer, das damit verbunden ist, ist ein außerordentlich geringes. Es macht, glaube ich, einige Hundert Mark Differenz aus. An sich würden also keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege stehen, um nun endlich einmal diesem Wunsch gerecht zu werden. Man weist seitens der Großh. Regierung darauf hin, daß verschiedene theologische Fakultäten da seien, die auch nicht mehr ordentliche Lehrstühle hätten. Aber es ist uns doch in der Kommission zugegeben worden, daß an zwei theologischen Fakultäten derartige Lehrstühle bestehen. Es gehört ja auch gerade die Freiburger Universität zu den bestbesetzten, was die theologische Fakultät betrifft; es sind ja immer zwischen 200 und 300 Zuhörer da. Man sollte sich bei uns nicht ins Hintertreffen bringen lassen, und wenn zwei andere theologische Fakultäten derartige Lehrstühle haben, so müßte man eben bei uns auch einmal dazu übergehen. Es handelt sich auch darum, daß die betreffenden Dozenten — sie sind ja doch etatmäßig angestellte Professoren! —, ich möchte sagen auch in der Wertschätzung der Studenten gehoben werden. Sie haben einen ganz anderen Einfluß, wenn sie auch an den Senatsitzungen usw. teilnehmen können. Es enthält also die Erfüllung eines solchen Wunsches auch eine gewisse Wertschätzung der Lehrtätigkeit.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß man doch sonst überall den Grundsatz hat, daß die Wissenschaft sich spezialisieren müsse. Das ist aber besonders auf dem großen Gebiete der Kirchengeschichte der Fall, wo insbesondere das Studium der Archäologie und der Kunstgeschichte außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Ein Mann kann das Ganze gar nicht mehr beherrschen. Das Gebiet ist so gewaltig groß, daß es durchaus zweckmäßig und gerechtfertigt ist, daß man da zwei und zwar ordentliche Professuren schafft. An anderen Fakultäten hat man ja auch das und jenes Fach mehrfach vertreten. Ich habe schon in der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß in Freiburg das Bürgerliche Gesetzbuch von nicht weniger als vier ordentlichen Professoren gelesen wird, zwei Romanisten und zwei Germanisten, wobei die Zahl der Juristen keineswegs vier Mal so groß ist wie die der Theologen. Es sind ja auch ganz verschiedene Dinge, die seitens des außerordentlichen und des ordentlichen Professors der Kirchengeschichte gelesen werden.

Was die Bibliothek betrifft, so hat mein Freund Schofer schon in der Budgetkommission, wie es auch früher im Hause hier geschehen ist, den nach meiner Meinung sehr berechtigten Wunsch ausgesprochen, der auch mir seitens eines theologischen Professors in früheren Jahren schon mitgeteilt worden war, daß man bei Anstellung der Bibliothekare auch einmal einen kath. Theologen berücksichtigen möchte. Es ist mir mitgeteilt worden, daß man in Straßburg seit längerer Zeit einen protestantischen Theologen angestellt hat, und zur Zeit sei man bemüht, auch einen katholischen Theologen zu suchen, der sich für die Stelle eigne. Zu meiner Freude hat der Referent des Ministeriums erklärt, daß der Wunsch berechtigt sei. Ich hoffe, daß es nicht nur bei dieser sympathischen Erklärung bleibt, sondern daß auch wirklich Ernst damit gemacht wird. Wenn in der offiziellen Antwort der Regierung gesagt wird, es sei von der berufenen Stelle der Universität ein solcher Antrag nicht gestellt worden, so glaube ich, darf das nicht ausschlaggebend sein. Im Senate sind eben die Theologen nur eine kleine Minderheit, da giebt es natürlich immer sehr viele Wünsche von anderen Seiten, und da kann es vorgekommen sein und ist offenbar vorgekommen, daß die Theologen mit ihren Wünschen nicht durchgedrungen sind. Der Gr. Regierung ist doch ganz genau bekannt, daß die theologische Fakultät diesen Wunsch seit langer Zeit hat, und ich glaube, das ist die berufenste Stelle, die darüber Auskunft geben kann, welches Bedürfnis hier vorhanden ist.

Abg. Dr. Wilkens (natl.): Was die allgemeinen Fragen anbelangt, so nehme ich im wesentlichen den Standpunkt ein, welchen mein Freund Obkircher vorhin in seinen Ausführungen des näheren dargelegt hat. Ich halte es insbesondere für durchaus selbstverständlich, daß an der Lehrfreiheit auf unseren Hochschulen nicht gerüttelt werden darf, daß die Wissenschaft selber und Niemand sonst ihre Grenzen zu bestimmen hat, und daß alle Eingriffe von autoritativer Seite in die wissenschaftliche Forschung und Lehre mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Nach meinem Dafürhalten muß dies auch bezüglich der theologischen Wissenschaft der Fall sein, so lange sie überhaupt noch beansprucht, als Wissenschaft zu gelten und behandelt zu werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Nun hat der Herr Berichterstatter ja bereits hervorgehoben, daß solche Eingriffe von fremder Seite in die wissenschaftliche Forschung in unserem Lande in neuerer Zeit nicht erfolgt sind, und wir dürfen gewiß auch hoffen, daß, falls sie je einmal versucht werden sollten, die Großh. Regierung wenigstens in ihrer jetzigen Zusammenfassung ihnen energisch entgegenzutreten wird.

Auf gewisse neuerliche Vorgänge in anderen Ländern mich hier des näheren einzulassen, will ich vermeiden. Es sind das Vorgänge, die nach meinem Dafürhalten jedenfalls auch für uns im badischen Lande ungenügend lehrreich sind. Ich glaube, es war aber auch lehrreich, zu hören, wie der Herr Kollege Kopf diese Vorgänge zu rechtfertigen bezw. zu entschuldigen versucht hat (Abg. Dr. Obkircher: Sehr richtig!).

Wenn ich im übrigen auch heute wieder Anlaß nehme, der Großh. Regierung und den Landständen für das lebhafte und rege Interesse, welches dieselben jederzeit der Universität Heidelberg in so tatkräftiger Weise entgegengebracht haben, aufrichtig und herzlich zu danken, so tue ich es diesmal speziell der Großh. Regierung gegenüber mit besonderer Wärme. Hat letztere doch gerade in den verfloßenen zwei Jahren durch glückliche Berufungen neuer Lehrkräfte an die altberühmte Ruperto-Carola derselben ungemein wichtige und wertvolle Dienste geleistet. Es hat in diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraume gerade in Heidelberg ein außerordentlich starker Wechsel im Personalbestande des akademischen Lehrkörpers Platz gegriffen. Ich erlaube mir nur daran zu erinnern, daß seit dem letzten Landtage mit Tod abgegangen sind Männer wie Kuno Fischer, eine hervorragende Leuchte der Wissenschaft, zugleich aber auch ein gottbegnadeter Lehrer, welcher die Herzen der akademischen Jugend zu gewinnen wußte, und eine Persönlichkeit, die zur Bürgerchaft Heidelbergs in den allerbesten Beziehungen stand; dann der ausgezeichnete Direktor der medizinischen Poliklinik und der Luisenheilanstalt, Oswald Bierdorf; ferner Ernst Pfister, einer der hervorragendsten Botaniker Deutschlands; endlich der treffliche Jurist Heinrich Buhl, der auch die Universität Heidelberg längere Zeit hindurch in der Ersten Kammer mit Erfolg vertreten hat. Auf ihren Wunsch sind seit dem letzten Landtage in Heidelberg in den Ruhestand getreten die berühmten Kliniker Czerny und Erb, der hochbedeutende Vertreter der pathologischen Anatomie Arnold, der feinsinnige Kirchenhistoriker Hausrath, der langjährige hochverdiente Vertreter der Physik an der Universität Heidelberg Quincke. Rufen nach auswärts haben bereits Folge geleistet Männer von der Bedeutung des Historikers Erich Marks und des Nationalökonomischen Rathgen, während Bierden der Wissenschaft, wie der Gynäkologe von Rosthorn und der Theologe Dehmann im Begriffe sind, Rufen nach auswärts in nächster Zeit zu entsprechen. Es war für die Großh. Regierung gewiß keine leichte Sache, die Lücken, die im akademischen Lehrkreise dadurch eingetreten sind, wieder auszufüllen. Soviel mir bekannt ist, steht ja eine Besetzung allerdings noch aus, insofern der Nachfolger

Deißmann's in Frage kommt. Ich kann aber nur sagen, daß die Großh. Regierung in all' den anderen Fällen ihre Aufgabe mit Geschick und mit Glück gelöst hat. Ich glaube, es war auch richtig, daß sie dabei in erster Reihe jeweils die Vorschläge der Fakultät zu Grunde gelegt hat. Allerdings behält sich ja die Großh. Regierung vor, in besonderen Fällen auch abweichend von den Vorschlägen der Fakultät die Befehung eintreten zu lassen. Es ist davon aber im Laufe der Jahre wohl nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht worden. Dieses ganze Verfahren, wie solches die Großh. Regierung seither eingeschlagen hat, scheint mir nach Lage der Verhältnisse das richtige zu sein, und ich möchte wünschen, daß dasselbe auch für die Folge beibehalten werde. Bei den seitherigen Berufungen ist aber auch nicht ängstlich darauf geachtet worden, ob der Gelehrte, um den es sich handelte, ein Norddeutscher oder ein Süddeutscher war, ob er katholisch oder protestantisch war, oder ob er dem israelitischen Glaubensbekenntnis angehörte. Die Regierung hat vielmehr, soweit mir bekannt, immer nur entscheidend sein lassen die wissenschaftliche Tüchtigkeit des zu Berufenden. Ich meine, etwas Anderes darf überhaupt in solchen Fällen nicht ausschlaggebend sein, wenn nicht unsere Universitäten allmählich herunterkommen sollen. Ich würde es — bei allem Bestreben, unsere badischen Landesfinder zu berücksichtigen — auch nicht für gut halten, wenn man bei einer Berufung, falls ein tüchtiger Norddeutscher da ist, einen weniger tüchtigen Badener deshalb vorziehen wollte, weil er Badener ist. (Sehr richtig!)

Die Großh. Regierung hat, wie gesagt, gerade in den letzten zwei Jahren in Heidelberg, so viel wir beurteilen können, ausnahmslos Männer an die Universität neu berufen, die an der Spitze ihrer Wissenschaft stehen, und sie hat hierdurch dazu beigetragen, daß die Ruperto-Carola nach wie vor in ganz Deutschland, ja weit über die deutschen Grenzen hinaus als eine Hochschule ersten Ranges gilt, und daß sie geblieben ist, was sie so lange Zeit hindurch gewesen, eine ewig junge Pflanz- und Pflegestätte deutscher Geistesfreiheit und Wissenschaft!

Ich kann nur begrüßen, daß im Zusammenhang mit der Berufung verschiedener hervorragender auswärtiger Dozenten an die Universität Heidelberg auch die Verhältnisse einer Reihe von Universitätsinstituten einer zeitgemäßen Umgestaltung unterzogen worden sind oder noch unterzogen werden sollen. Es gilt dies insbesondere vom Botanischen Institut, das dadurch, daß die Dienstwohnung in dem betreffenden Haus kassiert wurde, eine ganz wesentliche Erweiterung erfahren hat. Es gilt das aber auch weiter von dem pathologisch-anatomischen Institut, für welches im außerordentlichen Budget ein umfassender Erweiterungsbau beantragt wird.

Ganz besonders willkommen zu heißen aber ist nach meinem Dafürhalten der Antrag der Großh. Regierung bezüglich des Neubaus eines physikalischen Instituts in Heidelberg. Die Verhältnisse auf diesem Gebiet liegen in der Tat so, daß fraglicher Neubau als dringend bezeichnet werden muß. Die seitherigen Räume im Friedrichsbaue reichen für dieses Institut bei weitem nicht mehr aus; dazu kommt, daß die feineren wissenschaftlichen Untersuchungen und Beobachtungen an jenem Platze durch den Straßenlärm, durch den Einfluß der elektrischen Bahn, und durch die Unruhe, die mit der Lage des Gebäudes in einem dicht bebauten Stadtteile verknüpft ist, in nicht unerheblicher Weise beeinträchtigt werden. Es war ein glücklicher Gedanke, daß die Großh. Regierung sich gerade zur Wahl des Platzes entschlossen hat, der jetzt als Bauplatz für das neue Institut in Vorschlag gebracht wird. Es ist dies ein sehr schönes Gelände an der Albert-Heberlestraße auf dem rechten Neckarufer. Das Terrain ist an der Stelle gelegen, wo unsere Altordern, als sie von der Bergstraße her in

das Neckartal einbogen, die Schönheit Heidelbergs aufging, und ich hege die Hoffnung, daß ein Neubau in dieser wirklich schönen und geeigneten, auch von allen Störungen freien Umgebung sich als eine besonders wertvolle Errungenschaft für die Universität erweisen wird. Es ist übrigens der erste Fall, daß in Heidelberg ein größeres Universitätsinstitut nicht auf dem linken, sondern auf dem rechten Neckarufer errichtet wird; und es sind ja darüber auch in den Kreisen der Bevölkerung die Meinungen anfänglich auseinandergeschieden, indem von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, man solle mit dem neuen physikalischen Institut auf dem linken Neckarufer bleiben. Allein alle Versuche, dort einen geeigneten Platz zu finden, sind fehlgeschlagen, und es ist schließlich nur noch der jetzt vorgeschlagene übrig geblieben, mit dessen Wahl man indes, um dies wiederholt hervorzuheben, vom Standpunkt der allgemeinen Interessen aus nur zufrieden sein kann.

Zu begrüßen ist auch der Neubau eines zahnärztlichen Instituts; wie er im Budget in Vorschlag gebracht wird, wie ich denn auch bei diesem Anlaß noch besonders dafür danken möchte, daß seit dem letzten Landtag die Frage der Errichtung einer akademischen Lesehalle in Heidelberg einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt worden ist. Diese Anstalt ist nunmehr im alten Universitätsbibliotheksgebäude in sehr schöner und zweckmäßiger Weise untergebracht worden, und ich glaube, es können speziell die Studierenden der Universität Heidelberg der Großh. Regierung für das, was sie auf diesem Gebiete getan hat, nur ihre dankbare Anerkennung aussprechen.

Was die Angelegenheit der laryngologischen Klinik in Heidelberg anbelangt, so kann ich mich nur dem anschließen, was der Herr Berichterstatter in dieser Richtung bereits ausgeführt hat. Auch der Herr Kollege Kopf hat sich ja in ähnlichem Sinne geäußert. Es scheint mir alle Veranlassung dafür vorzuliegen, die Großh. Regierung zu bitten, daß sie diese Angelegenheit im Auge behält und sie in tunlichster Balde einer entsprechenden Lösung zuzuführen sucht.

Was die Wünsche der wissenschaftlichen Assistenten sowie der Diener bei den Universitätsinstituten anbelangt, so hatte ich eigentlich die Absicht, mich darüber ausführlich zu verbreiten. Nachdem aber der Herr Berichterstatter in seinem einleitenden Vortrag die Dinge auf beiden Gebieten bereits eingehend dargelegt hat, glaube ich auf die Ausführung meiner ursprünglichen Absicht verzichten zu sollen. Ich möchte mir nur gestatten, dasjenige, was der Herr Berichterstatter dargelegt hat, auch meinerseits der Großh. Regierung zur angelegentlichsten Berücksichtigung zu empfehlen.

Eine Sache möchte ich heute noch kurz zur Sprache bringen. Sie war bereits in der Budgetkommission Gegenstand beiläufiger Erörterung, hat sich aber gerade in der letzten Zeit in einer Weise noch weiter ausgewachsen, daß ich mich für verpflichtet halte, sie hier im Plenum noch einmal zu erörtern. Es handelt sich um die großen finanziellen Schwierigkeiten, in welche die Kinderklinik in Heidelberg, die Luisenheilanstalt, in neuerer Zeit gekommen ist. Die Herren wissen ja, daß die Luisenheilanstalt in Heidelberg kein unmittelbares Universitätsinstitut ist, daß sie vielmehr eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, und daß sie der Verwaltung einer besonderen Kommission untersteht. Die eigentliche Leitung der Anstalt aber hat der Professor der Kinderheilkunde an der Universität. Nun ist die Anstalt im Laufe der letzten Jahre von einer finanziellen Kalamität in die andere geraten und sie hat, wie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, allein im letzten Jahre mit einem Betriebsdefizit von etwa 25 000 Mark zu rechnen gehabt. Es soll nun allerdings die Staatsunterstützung, die der Anstalt gewährt wird, nach dem vorliegenden Budget von 4 400 M. auf 10 000 M. hinaufgesetzt werden, und

es hat ja auch die Budgetkommission beantragt, daß dieses erhöhte Aderlum zu bewilligen sei. Diejenigen aber, die die Verhältnisse der Anstalt und ihren Betrieb näher kennen, sind der Meinung, daß diese Erhöhung unmöglich ausreichen kann, wenn es sich um solche Mankos, wie 1907 eines entstanden ist, handelt. Es geht daher der Wunsch in den beteiligten Kreisen auf das allerentschiedenste dahin, daß eine Sanierung der Kinderklinik in finanzieller Beziehung seitens der Großh. Regierung in Angriff genommen und daß bei Aufstellung des Budgetnachtrags auf die besonderen Verhältnisse der in hohem Grade gemeinnützig wirkenden Anstalt in entsprechender Weise Rücksicht genommen werden möge. Die Luisenheilanstalt ist eine Klinik, die, wie ich glaube, für die ganze Pfalz von großer Bedeutung ist. Sie wird deshalb auch seitens des Kreises und seitens der Stadt in entsprechender Weise jetzt schon unterstützt. Die Luisenheilanstalt ist zugleich aber auch eine Anstalt, die für den Unterricht an der Universität von größter Wichtigkeit ist. Sie ist eben die Kinderklinik der Universität Heidelberg, und es sollte deshalb die Großh. Regierung alles aufbieten, um eine entsprechende finanzielle Gefundung dieser Anstalt und ihres ganzen Betriebes herbeizuführen.

Abg. Vogel (Dem.): Den Wunsch, den der Herr Abg. Kopf ausgesprochen hat, es möge nur nach der Lichtheit und ohne Rücksicht auf die konfessionelle Ueberzeugung der in Frage kommenden Personen bei der Besetzung der Lehrstühle verfahren werden, so daß Jeder, der sich mit Rücksicht auf seine wissenschaftliche Fähigkeit dazu eignet, zu einem Lehrstuhle gelangen könnte, können wir unsererseits vollkommen unterstützen.

Wenn wir die Zusätze zu den Hochschulen nur vom rein finanziellen Standpunkte aus betrachten, so müssen wir ja freilich auch bedauern, wie der Herr Abg. Kopf es getan hat, daß sich die Zuwendungen von Jahr zu Jahr erhöhen. Aber die Bedürfnisse aller Institute, welche nicht materiellen Interessen dienen, sind eben in den letzten Jahren — ich weise nur auf die gestrigen Ausführungen über das Hoftheater hier in Karlsruhe hin — ganz bedeutend gestiegen; sie werden auch noch weiter steigen. Diese Steigerung wird ja nicht im Verhältnis zu den Einnahmen stehen, welche diese Institute bieten können. Das liegt in den Verhältnissen der Zeit, es liegt auch in der Entwicklung und in dem Fortschreiten dieser Institute selbst. Von diesem Gesichtspunkt aus wird es den Abgeordneten, wird es diesem hohen Hause niemals an dem guten Willen fehlen, auch die nötigen Mittel zu bewilligen.

Es ist klar, wenn wir vor der Frage ständen, ob wir in unserem badischen Vaterlande eine zweite Universität errichten wollten, dann könnte ja Mancher im Zweifel sein, ob die unbedingte Notwendigkeit dafür vorhanden wäre. Aber wir haben diese beiden Universitäten, und wir sind stolz darauf, daß wir sie besitzen und daß sie sich so entwickelt haben, und wir bringen auch gern die nötigen Mittel dafür auf. Die dritte Hochschule aber, die Technische Hochschule in Karlsruhe, ist bei den heutigen Zeitverhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit, und wenn sie nicht bestände, dann müßte sie sofort errichtet werden. Durch das bisherige Fehlen einer Handelshochschule in Baden bestand aber eine Lücke in der Gelegenheit der höheren Fortbildung gewisser Kreise, und das Bestreben der Stadtgemeinde Mannheim und der Handelskammer Mannheim, diese Lücke auszufüllen, sollte man loben. Die Handelshochschule ist ja sozusagen die weitere Ausbildung der Handelsschule, welche jetzt der Oberrealschule angegliedert ist.

Nun wurde von zweien der Herren Medner, von dem Herrn Berichterstatter und dem Herrn Abg. Kopf, gesagt: Wir haben nichts dagegen, wenn der Handelshochschule von der Regierung mäßige Zusätze — das Wort

„mäßige“ wurde zwei-, dreimal unterstrichen — zugewendet werden, sie ist aber in erster Reihe ein Unternehmen der Stadt und der Handelskammer Mannheim. Die Stadt Mannheim ist aber bisher mit staatlichen Einrichtungen nicht gerade sehr gesegnet, ich meine, mit solchen staatlichen Einrichtungen, deren Errichtung in Mannheim nicht unbedingt im rein staatlichen Interesse geboten wäre. Der Hafen ist eine Einrichtung, die im Interesse des Staates errichtet werden mußte, der Industrie- und Hafen ist von der Stadt Mannheim mit eigenen Mitteln angelegt worden. Der große Rangierbahnhof und die Zentralgüterbahnhöfe sind im Interesse der Eisenbahn und nicht im Interesse der Stadt Mannheim errichtet worden; sie sollen mit dazu beitragen, eine große Eisenbahnrente zu erzielen, um die Schulden der badischen Staatsbahnen verzinzen und tilgen zu können. An staatlichen Instituten, die der Stadt Mannheim freiwillig zugewendet worden sind, kann ich eigentlich nur das humanistische Gymnasium und das Landesgefängnis erwähnen. Wir haben da sogar etwas bekommen, was wir gar nicht gewünscht haben. Aber daß das Landesgefängnis unbedingt zu den Einrichtungen gehört, die auf jeden Fall nach Mannheim kommen mußten, das wird Niemand behaupten wollen; es haben sich ja auch verschiedene andere Orte dafür verwendet, um es zu bekommen.

Nun haben wir uns in Mannheim in unserer kühnsten Phantasie nicht träumen lassen, daß die Großh. Regierung und das hohe Haus, wenn wir eine Handelshochschule errichten, nun mit Pauken und Trompeten uns alle die Mittel bewilligen, die für die Errichtung und für die Erhaltung der Handelshochschule notwendig sind. Die Handelshochschule sollte auch nicht allmählich in ein unter der Staatsverwaltung stehendes Institut auswachsen. Wie die Verhältnisse heute liegen, können wir übrigens sehr froh sein, daß die Handelshochschule eine städtische Anstalt ist. Ich gebe zu, daß die Regierung die Pflicht hat, die Entwicklung einer derartigen Einrichtung zunächst prüfend und beobachtend zu verfolgen. Wenn sich aber nach Jahren erweist, daß das Bestehen dieser Handelshochschule nicht nur ausschließlich der Stadt Mannheim und ihrer Bevölkerung von Nutzen ist, sondern daß, wie zu erwarten ist, weitere Kreise der badischen Bevölkerung daran interessiert sind, dann wird auch die Großh. Regierung zu erwägen haben, ob sie nicht mit ihren Zuwendungen aus diesen sehr engen Grenzen der Mäßigkeit, welche die Herren Obkircher und Kopf gezogen wissen wollen, heraustritt.

Es bietet für den freien Geist, welcher unter den Lehrern der Universität Heidelberg herrscht, ein sehr hervorragendes Zeugnis, daß sie den bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege der neuzeitlichen Entwicklung gemacht haben und aus den Grenzen ihrer bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit herausgetreten sind, indem sie an einer der modernsten Einrichtungen der Neuzeit, an der Handelshochschule in Mannheim, im Nebenamt tätig sind. Gerade durch das Entgegenkommen der Professoren der Universität Heidelberg ist es allein möglich gewesen, in der Stadt Mannheim diese Handelshochschule zu errichten. Ich will daher nicht unterlassen, allen diesen Herren, ohne die Tätigkeit des einen oder anderen besonders hervorzuheben, von dieser Stelle aus den Dank der Mannheimer Bevölkerung auszusprechen.

Abg. Frhr. v. Meukingen (Zentr.): Wenn der Herr Berichterstatter gesagt hat, daß von den Hochschulen ein Segen auf das ganze Land ausstrahlt, so kann ich diese Behauptung akzeptieren, unbedenkenlich wenigstens hinsichtlich der medizinischen Fakultäten dieser Hochschulen. In der Tat haben nicht nur die Universitätsstädte selber, sondern auch das Land weit hinaus einen unermesslichen Vorteil von den medizinischen Instituten. Wer jemals früh morgens in Heidelberg in der Bergheimerstraße die

Profession gesehen hat, die zu Fuß, zu Wagen, auf Tragbahnen und mittels jedes möglichen Transportmittels den Kliniken zufröhnte, wer weiter von der liebevollen Pflege weiß, die den Kranken in den Anstalten zuteil wird, und wer an Hand der Statistik den Prozentsatz der Geheilten und Geheilten hat feststellen können, und wie verhältnismäßig gering der Prozentsatz der letalen Ausgänge ist, der wird zustimmen, daß das, was von den Männern der Wissenschaft, von welchen manche Weltruf genießen, ihrem Personale und nicht zuletzt von den bescheidenen Pflegern und Pflegerinnen geleistet wird, Großtaten im Dienste der Menschheit sind!

Nachdem ich das vorausgeschickt habe, erlaube ich mir einige Bemerkungen über diese Institute an die Adresse der Großh. Regierung zu richten. Die Verwaltung der akademischen Krankenanstalten beruht bei einer Kommission, einer Kommission, der u. a. auch die Ordinarien angehören. Man kann ohne weiteres sagen, daß diese Kommission ein veraltetes Institut ist. Quot capita, tot sensus! Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß es sehr schwierig sein wird, zufällig einmal mehrere Professoren zu derselben Ansicht zu bekehren. An anderen Hochschulen, habe ich mir sagen lassen, ist ein einziger Verwaltungsbeamter für den inneren Betrieb angestellt, und das funktioniert ganz gut. Als Beispiel hat man mir die Universität Breslau genannt, die deswegen gut zum Vergleiche paßt, weil dort ungefähr dieselben Verhältnisse dem An-fange nach wie in Heidelberg vorliegen. Ein Wille und eine Kraft sollte die Verwaltungsmaschine in Bewegung setzen!

Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß die Patienten fortgesetzt darüber klagen, daß das Essen immer kalt ist. Wohl hat man in den einzelnen Instituten Wärmeflächen eingerichtet. Aber bei der großen Frequenz, die mancherorts herrscht, wird die Wärmefläche nur nachlässig und oberflächlich benutzt. Außerdem wird das Essen für die an der Peripherie liegenden Institute in Wagen hinaus befördert, welche außerordentlich schwer fortzubewegen sind und aus eichenen Bohlen bestehen, die nicht schlechte, sondern gute Wärmeleiter sind, so daß das Essen immer kalt ankommt. Man sollte meinen, daß heutzutage im Zeitalter der Kochkiste es keine Schwierigkeit haben könnte, den Krankenhäusern das Essen in warmem Zustand zuzuführen. Ich erlaube mir auch die Herren, die auf die Jagd gehen, daran zu erinnern, daß es heute eine Kleinigkeit ist, das Frühstück, das man Morgens in der Frühe mit hinausnimmt, Mittags um 1 Uhr heiß zu sich zu nehmen dank verschiedener Einrichtungen, Ausstattung der Kiste mit Filz usw.

Ferner wird darüber geklagt, daß der Speisezettel des Abends regelmäßig Wurst und Kartoffelsalat sei. Wohl sehr viele Mitglieder des Hauses werden mit mir die Ansicht hegen, daß das für Gesunde in der Lat ein sehr begehrenswertes Gericht ist, aber für Kranke und Dresthafte, besonders alte Leute, hat es doch seine Schwierigkeit, daß der Magen im Laufe der Nacht darüber Herr wird. Es ist mir wiederholt auch von ärztlicher Seite mitgeteilt worden, daß einzelne Kranke lieber auf die Heilung verzichten und das Krankenhaus wieder verlassen, als sich weiter an Wurst und Kartoffelsalat am Abend befechtigen zu wollen.

Das Küchendeartement leidet eben darunter, daß die Küche zentral gelegen und die Versorgung mit Nahrung nach allen Seiten hin eine sehr umständliche Sache ist. Außerdem herrscht kein einheitlicher Geist. Ich will allerdings noch um der Gerechtigkeit willen bemerken, daß Magenkranke mit großer Sorgfalt ernährt werden und Wurst und Kartoffelsalat am Abend nicht zu essen brauchen. Man hat mir mitgeteilt, daß neuerdings Ärzte auch Kochkurse mitmachen; da wäre es ganz angebracht, wenn man einen so vorgebildeten Assistenten mit der Beaufsichtigung der Küche betrauen wollte.

Nur noch zwei Worte über den Gegenstand, den der hochgeehrte Herr Kollege Dr. Bildens bereits berührt hat, nämlich die Kinderklinik. Der Herr Kollege hat die rechtlichen Verhältnisse bereits dargelegt. Rechtlich geht die Kinderklinik, die Luisenheilanstalt, die Universität nichts an. Dieselben Verhältnisse sind in Freiburg vorhanden. An beiden Orten gehören die Kinderkliniken einer privaten Gesellschaft; aber tatsächlich sind sie aufs innigste mit der Universität verbunden. Auch die Fakultät anerkennt, daß die Kinderklinik notwendig ist sowohl zu Lehr- wie zu Heilzwecken, dadurch, daß ein Lehrstuhl für Kinderheilkunde errichtet worden ist und daß früher der Ordinarius der Poliklinik Chef der Kinderheilanstalt war. Es war das früher mein Freund Bierordt, der es vom Artillerieleutnant bis zum Ordinarius der medizinischen Fakultät gebracht hat, und von dem man sagen kann, daß er wie ein tapferer Soldat auf dem Schlachtfeld auf dem Feld der Ehre der Berufstätigkeit geblieben ist. Er ist vor wenigen Jahren gestorben.

Erst gestern haben wir einen Notschrei aus Heidelberg bekommen. Man meint doch, daß man 12000 M. jährlich bekomme, tatsächlich ist aber im Budget nur von 10000 M. die Rede. Wenn aber das Defizit im vergangenen Jahr 25000 M. betragen hat, so möchte ich gerne wissen, wie die Großh. Regierung sich vorstellt, daß diese Kinderklinik weiterbestehen soll. Und mit dem veredelten Bettel, genannt Bazar, die Kinderheilanstalt durchzuhalten, das wird auf die Dauer nicht möglich sein, das scheint mir auch kein würdiger Zustand zu sein, daß auf diese Art ein Institut, das auch der Universität dient, aufrecht erhalten werden soll. Ich möchte daher an die Großh. Regierung die dringende und inständige Bitte richten, daß sie sich dieser beiden Kinderkliniken in Heidelberg und in Freiburg etwas intensiver annimmt, zunächst durch einen höheren Betrag unterstützt und sie später zu selbständigen Instituten der Universität macht.

Hg. Dr. Heimbürger (Dem.): Ich muß, ebenso wie der Herr Berichterstatter in seinen Ausführungen, auf die Frage zu sprechen kommen, ob bei einer Veränderung in unserer Regierung ein eigenes Unterrichtsministerium geschaffen werden soll. Ich möchte in dieser Frage durchaus auf seine Seite treten. Ich habe das schon in früheren Jahren getan, und ich muß gestehen, durch alles, was dagegen angeführt worden ist, bin ich in meiner Ansicht nicht wankend geworden, in der Ansicht, daß es im Interesse der gedeihlichen Entwicklung unseres Unterrichtswesens gelegen ist, daß für dieses ein eigenes Ministerium errichtet werde. Alles, was an Gegengründen vorgebracht wird, läßt sich hauptsächlich auf zwei Punkte zurückführen. Einmal sollen es die sehr beträchtlichen Kosten sein — beträchtlich im Vergleich zu dem Nutzen —, den diese Einrichtung bringen würde. Das glaube ich nicht, und es ist bis jetzt der Beweis für diese Beträglichkeit der Kosten noch nicht geführt worden. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn etwa einmal die Großh. Regierung selbst mit dem Antrag kommt, ein Unterrichtsministerium zu errichten, sie uns dann klipp und klar beweisen wird, daß die Unkosten nicht so groß sind, wie man auf den ersten Blick meinen könnte, weil nämlich die Vorbedingungen schon vorhanden sind; der fünfte Minister ist schon da, es braucht keine neue Stelle geschaffen zu werden, und die Anfänge für ein Unterrichtsministerium sind auch schon vorhanden, denn es braucht bloß der Oberschulrat in ein Unterrichtsministerium verwandelt zu werden, was wohl keine Schwierigkeiten machen würde. Ich habe schon im letzten Landtag darauf hingewiesen, daß, als die Zahl der Ministerien von drei auf vier vermehrt wurde, zur Begründung angeführt wurde, die Kosten seien keine großen, es brauche nur der Ministerialdirektor in einen Minister

verwandelt zu werden. Ebenso wird es sein, wenn einmal der Oberschulrat in ein Unterrichtsministerium verwandelt wird.

Ein zweiter Gegengrund ist der, es würden im Oberschulrat so viele Dinge besorgt, die eigentlich nicht würdig sind, um in einem Ministerium besorgt zu werden, es müssen Befehle von untergeordneten Beamten in dem Oberschulrat vorgenommen werden, die nicht in ein Ministerium hineingehörten. Demgegenüber möchte ich einmal die Frage stellen, wer besorgt die entsprechenden Geschäfte für die Justiz? Dort existiert ja auch keine Mittelstelle, es müssen dort alle diese Befehle und kleinen Geschäfte, die für das Unterrichtsweisen von dem Oberschulrat besorgt werden, im Justizministerium selbst erledigt werden, und keiner von uns hat daran je Anstoß genommen. Ich meine, wenn das auf dem Gebiete der Justiz geschehen kann, so wird das auch auf dem Gebiete des Unterrichts geschehen können.

Daß sachlich die Erhebung der Mittelstelle für das Unterrichtsweisen zu einem eigenen Ministerium berechtigt ist, das kann wohl ernstlich nicht bestritten werden. Das Unterrichtsweisen hat in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande einen Umfang und eine Vielgestaltigkeit angenommen, daß genug Arbeit für ein eigenes Ministerium vorhanden wäre, und ich glaube, die außerordentlich wertvollen und kulturell wie wirtschaftlich wichtigen Interessen, die im Unterrichtsweisen vorhanden sind, würden mehr zur Geltung kommen, wenn wir ein eigenes Unterrichtsministerium hätten. Das wird wohl von allen Leuten, die im Unterrichtsweisen stehen, immer und immer wieder beklagt werden, daß man das Gefühl habe, daß eben in einem Ministerium, das in erster Reihe ein Ministerium der Justiz ist, die Unterrichtsinteressen nicht energische Vertretung finden, die sie ganz von selbst finden würden, wenn sie einem eigenem Ressort unterstehen würden. Ueber die Vertretung der Hochschulen kann allerdings niemand klagen, man hat allgemein die Empfindung und die Ueberzeugung, daß diese Interessen in guten Händen liegen. Das kommt eben daher, daß ein außerordentlich kenntnisreicher und arbeitsfreudiger Mann im Ministerium selber diese Interessen zu vertreten hat, und daß er eben infolge der genauen Kenntnis aller dieser Verhältnisse und infolge seiner Arbeitskraft auch einen großen Einfluß im Ministerium ausübt. Auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung ist das nicht der Fall, und deshalb wünschen wir, daß hier in der Organisation eine Aenderung eintrete, daß man den Oberschulrat zunächst in eine Ministerialabteilung verwandelt und im Auge behält, beim nächsten Wechsel der leitenden Persönlichkeiten eine Aenderung dahin zu treffen, daß ein eigenes Unterrichtsministerium geschaffen werde. Ich glaube, diese Forderung wird nicht verstummen, bis sie erfüllt ist. Es wird der Regierung wohl möglich sein, noch einige Jahre die Erfüllung dieses Wunsches hinauszuschieben, aber das sachliche Gewicht der Interessen, die hinter dieser Forderung stehen, wird sich im Laufe der Jahre so geltend machen, daß die Erfüllung dieser Forderung nicht mehr länger verweigert werden kann.

Was unser eigentliches Budget betrifft, mit dem wir uns heute zu befassen haben, so ist es ganz natürlich, daß zunächst die allgemeine Frage der Freiheit der Wissenschaft und was damit zusammenhängt besprochen worden ist, und es ist sehr erfreulich in diesem Landtag zu sehen, wie man auf allen Seiten des Hauses, in der Theorie wenigstens, sich darüber einig ist, daß die Freiheit der Wissenschaft unbedingt gewahrt werden müsse. In anderen Parlamenten ist es nicht allerwärts so wie hier und ich glaube, die schon erwähnte Hochschulbewegung ist doch ein Fingerzeig dafür, daß nicht überall alles so ist, wie es sein sollte. Ich glaube, wenn die Hochschullehrer aus der bis dahin beobachteten und

für vornehm gehaltenen Zurückhaltung heraus getreten sind, wenn sie sich eine Organisation zu geben suchen, und wenn sie durch diese Organisation auch die Öffentlichkeit für ihre Wünsche und für ihre Schmerzen zu interessieren und auch auf die gesetzgebenden Körperschaften einzuwirken suchen, daß da doch wohl etwas Gewichtiges vorhanden sein muß, was als Ursache dieser Erscheinung zu betrachten ist. Es wird auch wohl der Umstand, daß die Hochschullehrer sich in ihrer Freiheit da und dort bedroht fühlen, für sie selber vielleicht eine gewisse wohlthätige Wirkung haben. Es gibt Leute in akademischen Kreisen, die meinen, es sei eigentlich unter der Würde eines Jüngers der reinen Wissenschaft, daß er sich auch um das öffentliche Leben bekümmere, daß er auch in den Kampf der Parteien eingreife, und wir haben vor kurzem die auffallende Erscheinung erleben müssen, daß ein Universitätsprofessor, der früher durchaus nicht so zurückhaltend gegenüber wirtschaftspolitischen Problemen und auch gegenüber rein politischen Problemen gewesen ist, nun auf einmal als neues Evangelium verkündet, die Jünger der Wissenschaft, die Lehrer und Forscher sollen sich nicht in das öffentliche Leben stürzen, sie sollen schön in ihrem Studierkammerlein bleiben und die Wissenschaft nicht der Gefahr der Verührung mit den Tageskämpfen, die wir im Interesse unseres Vaterlandes zu führen haben, aussetzen. Solche Erscheinungen sollten den Herren auf der Universität auch klar machen, daß nicht nur die Interessen des Vaterlandes es erheischen, daß jeder, der das Talent dazu hat, auch in die politischen Kämpfe eingreift und nach seiner Ueberzeugung seine Kraft in den Dienst der Öffentlichkeit, des politischen Lebens stellt, sondern daß es auch höchst eigene Interessen der Wissenschaft sind, welche ein solches Eingreifen erfordern. Denn wenn gewisse Bestrebungen im politischen Leben und im Staate zur Geltung kommen, die wir von unserem Standpunkt aus bekämpfen müssen, dann werden diese Bestrebungen auch vor der Freiheit der Hochschule nicht Halt machen, dann werden jene Herren, die bis jetzt nur eine würdige Zurückhaltung beobachten zu müssen glaubten, empfinden, was sie versäumt haben, als sie nicht zur rechten Zeit sich auch um öffentliche Dinge bekümmert haben. In Oesterreich haben die Herren diese Gefahr wohl etwas näher empfunden als bei uns in Deutschland, und der Ausspruch des Bürgermeisters von Wien, des Herrn Lueger, hat ja wie ein Blitz die ganze Situation erleuchtet. Herr Kollege Kopf hat gemeint, jener Ausspruch des Herrn Lueger sei leicht mißzuverstehen gewesen. Ich meine im Gegenteil, er ist zu wenig mißverständlich gewesen (Heiterkeit) im Interesse dessen, der diesen Ausspruch getan hat. Der Ausspruch ist außerordentlich deutlich und klar gewesen, und ich glaube, er sollte für alle, die auf diese Dinge bis jetzt zu wenig aufmerksam gewesen sind, ein Zeichen und eine Anregung sein, diesen Dingen größere Aufmerksamkeit zu schenken, als sie es bisher getan haben.

Die Freiheit der Wissenschaft ist ja von allen Seiten heute, wie schon gesagt, theoretisch anerkannt worden. Es ist aber nötig, daß diese Theorie auch immer und überall in die Praxis übersetzt wird, und daß man bei Besetzung der Lehrstühle keine andere Rücksicht gelten läßt, als die auf die wissenschaftliche Tüchtigkeit Derer, die für die Stelle in Betracht kommen. Und da darf man doch sagen: Es sind in Deutschland, nicht in Baden, aber in Deutschland denn doch da und dort Befetzungen von Lehrstühlen auf Universitäten vorgenommen worden, wo es ganz zweifellos ist, daß neben der wissenschaftlichen Tüchtigkeit es in erster Reihe andere Eigenschaften des Bewerber sind, die ihm diesen Platz verschafft haben. Ich würde es bedauern, wenn solche Rücksichten auch einmal bei uns ausschlaggebend werden sollten, aber ich hoffe, daß wir das an unseren badischen Hochschulen nicht erleben.

Eine schwierige Frage ist es ja, in wie weit die Regierung auf die Besetzung der Lehrstühle Einfluss nehmen soll, und in wie weit das Vorschlagsrecht der Universitäten allein ausschlaggebend sein soll. Es ist nicht zu bestreiten, daß, wenn man das Vorschlagsrecht der Fakultäten allein gelten läßt, wenn die Regierung unter allen Umständen von vornherein darauf verzichtet würde, hier einen gewissen Einfluss auszuüben, natürlich mit der Ausübung dieses Rechts auch gewisse Mißstände verbunden sein könnten. Auch die Fakultäten sind nicht unfehlbar, auch sie bestehen aus Menschen, bei denen menschliche Mächtigkeiten manchmal die sachlichen überwiegen, und deshalb ist es durchaus richtig, wenn man sagt, es kann nicht verlangt werden, daß unter allen Umständen nur der Wunsch der Fakultät gelten soll. Aber die Regel muß doch sein, daß der Wunsch der Fakultät auch ausschlaggebend bei der Besetzung des Lehrstuhls ist. Ein Eingriff der Regierung gegen den Wunsch der Fakultät würde ich nur dann billigen können, wenn es offen zutage läge, daß andere als rein wissenschaftliche Interessen bei Fassung des Fakultätsbeschlusses sich geltend gemacht haben. Freilich muß ich sagen: Wenn man gegenüber der Universität, gegenüber dem Lehrkörper die Stellung einnimmt, daß man ihnen volle Freiheit in ihrer Beziehung gestattet, so ist es allerdings notwendig, daß auch die Universitätsprofessoren, die Fakultäten sich dem freien Geiste nicht entziehen, daß auch sie nicht an veralteten Anschauungen und Vorurteilen festhalten, die dem Gegner leicht eine Waffe gegen sie in die Hand geben können.

Auf dem Gebiete des Schulwesens sind nun die deutschen Regierungen doch einmütig darin, daß sie die Gleichberechtigung der humanistischen und der realistischen Bildung anerkannt haben, und daß sie im wesentlichen auch eine Gleichberechtigung für den Staatsdienst eingeführt haben. Und nun hören wir, daß hierin gerade die deutschen Fakultäten rückständiger sind, als die deutschen Regierungen. Wir hören, daß die Fakultäten untereinander Abkommen getroffen haben, daß die Abiturienten der Oberrealschulen nicht zum Doktorexamen zugelassen werden. Ich meine nun, wenn allgemein anerkannt ist, daß diese beiden Vorbildungsarten gleichwertig sind, wenn der Staat für seine Beamten diese beiden Vorbildungsarten als gleichwertig betrachtet, dann sollte auch an den Stellen, wo voraussetzungslos der Wissenschaft gedient wird, die Auffassung platzgreifen, daß man nicht mehr fragt: „Woher hast Du Deine Bildung?“ sondern: „Welcher Art ist Deine Bildung; ist sie derart, daß Du wissenschaftlich arbeiten kannst, und hast Du durch eine wissenschaftliche Arbeit und ein bestandenes Examen diese Fähigkeit gezeigt?“ Es steht ja selbstverständlich der Regierung ein Zwang gegenüber den Fakultäten nicht zu. Ich meine aber, daß vielleicht bei einer wohlwollenden Vorstellung an die Fakultät ein gutes Wort auch einen guten Ort finden könnte, und daß wir die Gleichberechtigung vielleicht auch auf diesem Gebiet erwerben könnten.

Durchaus unterstützen kann ich es, wenn der Herr Abg. Kopf angeregt hat, es möchte durch Gewährung von Lehraufträgen und von wenn auch nur bescheidenen Besoldungen an jüngere Privatdozenten, im besonderen auch an solche Leute, die nicht sehr mit Glücksgütern gesegnet sind, der Weg zu den Ordinariaten an unseren Hochschulen eröffnet werden. Es ist ja zweifellos eine gewisse Gefahr, daß allmählich die Lehrstühle an unseren Universitäten immer mehr ein Vorrecht für die besitzenden Klassen werden. Je höher die Ansprüche sind, die heute an das Leben gestellt werden, destomehr ist es natürlich einem Unbemittelten erschwert, eine größere Anzahl von Jahren in einem Alter, wo andere bereits ihr Brot in

einem Beruf verdienen, rein von seinen oder seines Vaters Geldbeutel sein Leben zu fristen und zu warten, bis ihm nach Jahrzehnten endlich das Glück einer ordentlichen Professur beichert wird. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dadurch mancher, der die wissenschaftliche Befähigung für die akademische Laufbahn besäße, von der Ergreifung dieser Laufbahn abgehalten wird, weil ihm eben das nötige Geld fehlt, um solange auf seine Kosten leben zu können, bis er endlich in eine Stelle hineinkommt, die auch ihren Mann ernährt. Wenn es der Grob. Regierung möglich ist, hier einzugreifen, wenn es ihr möglich ist, durch Gewährung von Lehraufträgen und durch Gewährung von Besoldungen auch solchen Talenten den Weg für die akademische Karriere offen zu halten, so bin ich überzeugt, daß sie darin die volle Uebereinstimmung dieses Hauses finden wird.

Was die Freiheit der Wissenschaft betrifft, so ist, wie gesagt, eine gewisse Uebereinstimmung in diesem Hause zutage getreten. Allerdings wurde von jener Seite des Hauses (Zentrum) die theologische Wissenschaft ausgenommen. Ich darf aber demgegenüber doch wohl hervorheben, eine Wissenschaft, der zum voraus vorgeschrieben ist, welches die Resultate der Forschung sein müssen, der von vornherein Schranken gesteckt sind, über die sie nicht hinausgehen darf, vor denen sie unter allen Umständen Halt machen muß, die kann nicht mehr auf den Namen einer Wissenschaft Anspruch machen. Es gehört durchaus zum Wesen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Forschung, daß sie unbeirrt von jeder Nebenrückicht nur dem einen Ziele zustrebt, die Wahrheit zu erforschen, und es geht nicht an, von vornherein zu sagen: die Wahrheit steht fest, und es ist nur Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung, neue Wege zu suchen, welche zu dieser von vornherein festgestellten Wahrheit führen. Wenn also da der theologischen Wissenschaft gegenüber Einschränkungen gemacht werden, so glaube ich, daß man dem Ansehen der theologischen Wissenschaft damit keinen guten Dienst erweist. Das Ansehen der Wissenschaft beruht in der ganzen zivilisierten Welt darauf, daß man von ihr überzeugt ist, sie suche die Wahrheit und nur die Wahrheit, und sie lasse sich durch keine menschliche Rücksicht bestimmen, etwas anderes als das nach ihrem besten Wissen und Gewissen in strenger geistiger Arbeit als Wahrheit Erkenntnis auch als Wahrheit vor aller Welt zu verkündigen. Und wo diese Freiheit nicht mehr herrscht, können wir jedenfalls nicht mehr anerkennen, daß eine wissenschaftliche Tätigkeit und wissenschaftliche Forschung vorliegt.

Was die Einzelheiten betrifft, die besprochen worden sind, so möchte ich da nur auf zwei Punkte zu sprechen kommen.

Es betrifft der eine die laryngologische Klinik in Heidelberg. Ich habe schon früher einmal zu dieser Frage das Wort ergriffen und für die Erfüllung dieses alten Wunsches des dortigen Laryngologen plädiert, leider bis jetzt immer noch ohne Erfolg. Wenn der Professor jetzt auf seinen Wunsch verzichtet hat, so glaube ich, ist es nicht deshalb geschehen, weil er jetzt zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Bedürfnisse seines Faches auch ohne eine solche Klinik befriedigt werden können, sondern deshalb, weil er des langen Sadlers müde ist und genug davon hat, immer und immer dasselbe verlangen zu müssen ohne Aussicht, daß sein Wunsch auch einmal erfüllt wird. Sieht man aber nach anderen Universitäten und findet dort solche Kliniken im Interesse der Wissenschaft und auch im Interesse der Patienten errichtet, so meine ich, ebenso gut könnte das endlich auch an der Universität Heidelberg geschehen. Und es sollte das wohl auch aus dem Grunde umsomehr geschehen, weil der Vertreter dieser Wissenschaft ein Mann von unbestrittenem europäischem Rufe ist. Ich erinnere mich noch, vor Jahren

war ein Laryngologenkongreß in Heidelberg, und alle die hervorragenden Vertreter dieser Wissenschaft aus den verschiedenen Kulturländern Europas, die dort zusammengekommen sind, haben sich nicht genug darüber wundern können, welche bescheidene Stellung der hervorragende Vertreter dieses Faches an der Universität Heidelberg einnimmt, und wie wenig man ihm auch darin entgegengekommen ist, daß man ihm die zur Ausübung und zur Fortbildung seiner Wissenschaft nötigen Räume zur Verfügung stellt.

Der zweite Punkt ist die Errichtung einer Professur für orientalische Sprachen in Freiburg. Der Herr Kollege Kopf hat zwar die Errichtung dieser Professur nicht gerade bekämpft, er hat aber doch durchblicken lassen, daß er sie für so sehr notwendig gerade nicht hält, und daß er eine Professur in der theologischen Fakultät für notwendiger halten würde. Nun bin ich weit entfernt davon, dagegen zu reden, daß jene Professur in der theologischen Fakultät errichtet wird, sobald überhaupt die nötigen Mittel dazu vorhanden sind. Ich möchte aber doch andererseits auch hervorheben, daß man das nicht auf Kosten der jetzt angeforderten Professur tun möge. Ich habe hier ein Verzeichnis der deutschen Universitäten vor mir. Darnach steht nach der Zahl der Besucher Freiburg an 6. Stelle, nach der Zahl der Ordinariate an 11. Stelle, also gerade in der Mitte. Freiburg ist also jedenfalls keine von den kleineren, unbedeutenderen Hochschulen. Nun sind an sämtlichen deutschen Hochschulen, mit der einzigen Ausnahme von Erlangen und Freiburg, Ordinariate für orientalische Sprachen errichtet. Das ist doch ein Beweis dafür, daß man dieses Fach nicht für so nebensächlich hält, wie es der Herr Kollege Kopf offenbar tut. Ich meine, man sollte, was Universitäten wie Kiel, Greifswald, Königsberg usw., die an Zahl der Zuhörer und auch an Zahl der Ordinariate hinter Freiburg weit zurückstehen, für notwendig halten, auch der Universität Freiburg nicht verfahren.

Hg. Rebmann (natl.): In den Kreis der Lehranstalten, die unser ganzes badißches Land überziehen, ist als allerjüngste die sog. Handelshochschule in Mannheim getreten. Man kann sich dieser Gründung recht wohl freuen, wenn man die Bedeutung und den Umfang überschaut, die der deutsche Handel jetzt erlangt hat, wenn man daran denkt, wie Tag für Tag der Handel neue Kräfte an sich heranzieht, und seine Bedeutung nicht bloß in der materiellen Entwicklung seiner Interessen, sondern ganz besonders auch in der geistigen Höhe derjenigen Personen liegt, die in ihm beschäftigt sind. Wir sehen da in der erfreulichsten Weise, wie der Handel nach und nach geistig höher stehende Kreise an sich herangezogen hat, wie er an die Vorbildung derjenigen, die sich dem Handelsberuf zuwenden, von Jahr zu Jahr steigende Anforderungen stellt. Es ist noch kein Menschenalter her, da hat der Handelslehrling nichts weiter mitzubringen gebraucht als seine Volksschulbildung. Jetzt schon geht von denjenigen, die mit dem Reifezeugnis aus den Mittelschulen abgehen, ein recht erheblicher Teil in den Handel über, und die großen Banken suchen schon nach Abiturienten, die also die volle Mittelschulbildung mitbringen, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß auch in diesem Verufe geistige Arbeit sich in materielle Ergebnisse umsetzen kann. Wir verdanken es gerade dieser Erkenntnis des deutschen Handelsstandes, daß der deutsche Handel eine Stellung in der Welt einnimmt, wie sie kein anderer hat. Es wird uns mitgeteilt, daß ein ganz beträchtlicher Teil des englischen und französischen Handels einfach deswegen in deutschen Händen sei, weil der deutsche Handelskommiss eine Bildung mit sich bringe, über die der französische und englische Kommiss nicht verfüge, daß der deutsche Handel einen guten

Teil seiner Ausbreitung, seiner Bedeutung auf dem Weltmarkt und in dem ganzen Weltbetriebe eben diesen seinen Vertretern verdanke. So können wir es denn in diesem Zusammenhang und von diesem Standpunkt aus betrachtet nur als durchaus erfreulich bezeichnen, daß auch die Stadt Mannheim sich daran gemacht hat, eine sog. Handelshochschule zu gründen.

Wenn nun freilich uns die Perspektive gestellt wird, daß der Staat sich späterhin dieser Handelshochschule bemächtigen und sie in die Reihe seiner Hochschulen aufnehmen werde, so ist diese Entwicklung nicht gerade diejenige, die mir als wünschenswert erscheint, und ich möchte da doch glauben, daß die Grundlage, auf der diese Handelshochschule sich gebildet hat, nicht verschoben werden sollte. Ich meine, hier sollte man in Mannheim sich auch nach dem umsehen, was in dieser Beziehung auf andern Gebieten, in anderen Weltteilen, geschieht. Ich möchte an die ganz großartigen Stiftungen erinnern, die von amerikanischen Geldmagnaten für alle Gebiete des Wissens, der Wissenschaft und der Technik gemacht worden sind. Es wäre hier eine Gelegenheit, einen Teil des vorzüglichen amerikanischen Geistes auch bei uns einzuführen: des Geistes, der im ganzen amerikanischen Volke verbreitet ist und der es jedem einzelnen Bürger zum unberückbaren Glaubenssatz gemacht hat, daß jeder Bürger des amerikanischen Staates verpflichtet sei, einen Teil, und zwar einen erheblichen Teil desjenigen, was er sich durch seiner Hände oder seines Geistes Arbeit erworben hat, auch wieder öffentlichen Zwecken dienlich zu machen. Denn, im Hinblick auf diese, das ganze Volk durchdringende, ethische Ueberzeugung können wir es verstehen, wie dort immer wieder diese ganz gewaltigen und fast unglaublich erscheinenden Stiftungen zu Schulzwecken, zu Unterrichtszwecken jeder Art, gemacht werden. Und da meine ich, daß gerade der Handelsstand, in dem die Millionen und die Milliarden nur so herumrollen, wo der Umsatz der Werte im größten Maßstabe vor sich geht, gerade derjenige Kreis wäre, welcher bei uns in Deutschland das gute Beispiel geben könnte, Gemeinnützigkeit, Opferfreudigkeit und Opferwilligkeit für gemeinnützige Zwecke zu betätigen, und ich glaube, es bedarf nur eines ernsthaften Appells an diese Kreise — und die Zukunft der Mannheimer Handelshochschule wird gesichert sein. (Sehr richtig! Vereinzelt Geister!) Es ist das ja vielleicht etwas Zukunftsmusik, aber ich meine doch, es ist auch unsere Aufgabe, an dieser Stelle bei der ethischen Ausbildung unseres Volkes bei jeder Gelegenheit fördernd, machend, aufwendend mitzuwirken.

Vielleicht hat sich die Mannheimer Handelshochschule einige Schwierigkeiten selbst dadurch geschaffen, daß sie sich gleich einen zu großen Namen zugelegt hat. Es sind ja ähnliche Dinge auch bei uns in Karlsruhe geschaffen worden, sie haben hier aber den bescheidenen Namen „Handelsabendkurse“ getragen, und viel Anderes ist in Mannheim eigentlich auch nicht. Wenn man sich vielleicht in Mannheim einen anderen Namen gegeben hätte, wäre man um diese oder jene Schwierigkeit, wohl im Hinblick auf die künftige Entwicklung, herumgekommen. Aber das schadet dem nichts, daß wir auch an dieser Stelle dieser Anstalt die allerbesten Wünsche mit auf den Weg geben, und daß wir uns jedes Schrittes, den sie auf dem Wege ihrer Entwicklung vorwärts macht, von Herzen freuen werden, denn sie ist in der Tat eine Bereicherung, auf die wir stolz sein können.

Der Herr Berichterstatter hat sich mit einigen Bemerkungen über die Frequenz unserer Hochschule in Karlsruhe ausgelassen, und dabei angeführt, daß zwar für die Universitäten der Fortgang der Frequenz ein ständiger sei, daß dagegen bei der Technischen Hochschule in Karlsruhe die Frequenz in einem gewissen Rückgang begriffen sei, und daß das im Zusammenhang stehe mit der

Behandlung der auswärtigen Studieren den. Ich bin damit nicht vollständig einverstanden, sondern ich glaube, daß die Ursachen dazu etwas tiefer liegen. Man kann die Frequenz unserer Hochschulen nicht ganz außer Zusammenhang setzen mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen; und es ist ohne weiteres klar, daß dies zu einem gewissen Grade, insbesondere was unser Land Baden anbetrifft, eine gewisse Ueberproduktion an geistigen Kräften stattgefunden hat. Diese Ueberproduktion hat an anderen Stellen nicht in dem Maße stattgefunden, es sind also für gewisse Stellen in Norddeutschland noch Bedürfnisse vorhanden, die bei uns schon vollständig gedeckt sind. Und diese Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen wird ganz naturgemäß an der Technischen Hochschule viel rascher und viel intensiver in die Erscheinung treten als an den Universitäten, weil eben die Technische Hochschule mit dem wirtschaftlichen Leben unseres ganzen Volkes auf allen Gebieten enger zusammenhängt.

Man wird sich nun die Frage vorzulegen haben, ob dieser Rückgang in der Frequenz sich auch auf unsere Universitäten ausdehnen wird. Was die rein technische Seite der Frage anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß unser Volk gar nicht reich genug sein kann an geistigen Kräften (Abg. Fröhner): Sehr richtig! und daß man alles, was geistige Kraft und geistiges Leben schafft, von allgemein nationalen Standpunkt aus von Herzen begrüßen kann. Ich bin sodann auch der Meinung, daß wir die Verhältnisse unseres kleinen Landes nicht ohne weiteres auf unser ganzes Volk übertragen dürfen. Gewiß, in dem kleinen Lande drängt und schiebt sich allerlei und führt zu allerlei Unbequemlichkeiten, die in einem größeren Land nicht vorhanden sind. Wir müssen deshalb an der geistigen Freizügigkeit unter allen Umständen festhalten. Ich glaube aber auch, daß die Aufgaben, die denjenigen gestellt sind, die von den Universitäten und von unseren Hochschulen kommen, sich nicht mindern, sondern daß sie im Gegenteil noch wachsen. Wir sehen, wie ganz neue Bildungen auftreten, daß die Gemeinden und sonstige Korporationen, daß die Kaufmannschaft, daß die Industrie von Tag zu Tag weitere Kräfte an sich zieht, weitere Möglichkeiten, weitere Bedürfnisse schaffen, die nur mit solchen Leuten zu erfüllen sind, die das größtmögliche Maß von Bildung erreicht haben. Und wenn dieser Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse, abgesehen von einzelnen Schwankungen, wie wir hoffen und wünschen wollen, für die Zukunft anhält, wenn die jetzige wirtschaftliche Entwicklung noch anhält, so werden auch für die auf Universitäten und Technischen Hochschulen Gebildeten sich fortwährend noch neue Gebiete erschließen. Wir stehen zudem ja vor der Tatsache, daß die Zahl unserer Mittelschulen in einem ganz gewaltigen Maßstab gewachsen ist, daß sich aber die Zahl der Hochschulen bis jetzt nicht vermehrt hat, daß wir heute noch mit derselben Zahl von Hochschulen zu rechnen haben, wie vor dreißig, vierzig, fünfzig Jahren.

Wir haben von dem Hrn. Berichterstatter die Klagen gehört, die unsere Assistenten an den Hochschulen vorzubringen haben. Sie liegen in erster Linie darin, daß sie ungenügend bezahlt sind. In der Tat herrschen hier geradezu enorme Zustände: Wenn wir hören, daß in Freiburg ein Herr schon 20 Jahre lang Assistent und in diesen 20 Jahren nicht höher gekommen ist als auf 1600 M., so ist das eben etwas, was man eben nur als abnorm bezeichnen kann. Die Klagen liegen dann weiter darin, daß diese Bezahlungen noch ungleich verteilt sind. So besitzt den Höchstgehalt von 1800 M. einer von den Herren, der erst 2 Jahre im Dienst ist, während sein Nachbar, der 16 Jahre 18 Jahre im Dienst steht, noch nicht so weit gekommen ist. Die Klagen liegen auch ferner, und das ist eine sehr wichtige Klage, in der rechtlichen Unsicherheit

ihrer Stellung. Sie stehen ja in der Stellung als nichtetatmäßige Beamten, tatsächlich aber sind sie abhängig von ihren Direktoren: sie werden nicht von dem Staat angestellt, sondern von dem betreffenden Direktor, der sie mit einer ganz kurzen Kündigungsfrist entlassen kann. Das ist eine rechtliche Unsicherheit ihrer Stellung, die sehr unerwünscht ist, die aber zusammenhängt mit der Entwicklung der ganzen Institution, wie sie sich da im Laufe der Zeit entwickelt hat, und die den Wunsch erweckt, daß wenigstens ein Teil von ihnen in feste Stellung übergeführt werde.

Die Tätigkeit der Assistenten ist ja ursprünglich die gewesen, daß sie den betreffenden Dozenten zu unterstützen hatten. Infolge des Wachstums der Ausdehnung unserer Hochschulen hat sich das Verhältnis vielfach geändert, sodaß für einen großen Teil derselben heute nicht mehr die Assistenten beim Professor, sondern eine unmittelbar mehr oder weniger selbständige lehrende Tätigkeit die Hauptsache geworden ist. Wenn wir hören, daß z. B. an einem chemischen Institut 100 Praktikanten da sind, die Tag für Tag die Uebungsräume füllen, so ist es bei dieser Arbeit ohne weiteres verständlich, daß der Direktor der Anstalt nicht mehr tun kann, als die ganz allgemeinen Richtlinien der Tätigkeit angeben, daß aber die unmittelbar lehrende Tätigkeit, die unmittelbare Einwirkung auf den einzelnen Studenten nur von den Assistenten ausgeübt werden kann. In der Tat haben sich die Verhältnisse auch so herausgebildet, daß an diesen Instituten, an denen eine größere Anzahl von Praktikanten tätig ist, die Assistenten lange Zeit verbleiben. Der Direktor kann gar nicht anders, als den Assistenten ruhig arbeiten lassen und muß sich vollständig auf ihn verlassen können. Infolge davon sind diese Männer oft schon eine große Reihe von Jahren in ihrem Dienste. Nun handelt es sich darum, zu erwägen, ob nicht für einzelne von diesen Assistenten feste Stellen geschaffen werden können, wie das an einzelnen preussischen Hochschulen schon der Fall ist, also an solchen Stellen, wo eine selbständige Lehrtätigkeit in ausgedehntem Maß und auf lange Zeit hinaus erforderlich ist.

Man hat aber dabei noch an etwas weiteres zu denken, woran heute auch schon gerührt worden ist. Die Assistenten bilden ja im ganzen denjenigen Kreis von Leuten, aus dem sich die Dozenten selbst ergänzen und in dem der Nachwuchs der akademischen Lehrer seine eigene Schule durchmacht, indem sie die Technik des wissenschaftlichen Arbeitens erlernen, aber auch die Grundlage für die eigene Forschungstätigkeit späterer Jahre legen. Da ist es nun sehr erwünscht, daß dieser Kreis möglichst weit gezogen wird. Es ist ja schon erwähnt worden, daß die große Gefahr vorliegt, daß wir in die akademische Laufbahn nur noch wohlhabende Leute hineinbekommen. Das ist eine schwere Gefahr, und ich würde kaum ein Gebiet, auf dem es notwendiger wäre, daß wir alle die fähigen Köpfe unserer Nation zusammenholen, alle diejenigen Köpfe, die die genügende geistige Kraft haben, forschend und lehrend zugleich an unseren Hochschulen tätig zu sein. Dazu brauchen wir auch noch die frische und ungebundene geistige Kraft der weitesten Bevölkerungsschichten, und deshalb wäre hier eine bessere Entlohnung der Assistenten schon angemessen, um den Kreis, aus dem sich die akademische Lehrerschaft ergänzt, im Interesse der Wissenschaft und der Forschung selbst so weit als nur möglich zu machen.

Ich möchte dann noch auf den Zusammenhang hinweisen, den diese Frage mit unseren Mittelschulen hat. Es ist ja früher eine gewisse Freizügigkeit hin und her gewesen derart, daß frühere Assistenten in den Beruf der Mittelschullehrer übergegangen sind, daß umgekehrt aber auch Mittelschullehrer an die Hochschule berufen worden sind; es war das ein Verhältnis,

das sich zum gegenseitigen Segen ausgestaltet hatte, das aber leider im Laufe der Zeit mehr und mehr eingeschrumpft ist. Nun weiß ich ja wohl, daß die Tätigkeit des Mittelschullehrers doch nur in ganz seltenen Fällen noch dem Einzelnen gestattet, in solchem Maß wissenschaftlich tätig zu sein, um entweder im Nebenberuf an der Hochschule zu lehren, oder um schließlich ganz zur akademischen Dozentenlaufbahn überzugehen. Aber das Andere sollte man nicht ganz aus dem Auge verlieren, daß man den Assistenten, die eine zeitlang in diesem Beruf an der Universität tätig gewesen sind, den Uebertritt in die Reihen der Mittelschullehrer so viel als möglich erleichtert. Es wird in unserem Mittelschullehrerstand für die Hebung des wissenschaftlichen Geistes, auf den ich einen ganz außerordentlichen Wert lege, von höchster Bedeutung sein, wenn immer und immer wieder Elemente in ihn hineinkommen, die nicht nur in der Technik der wissenschaftlichen Forschung, in wissenschaftlicher Arbeit, sondern vor allem auch mit dem wissenschaftlichen Geist in höherem Maße und während längerer Zeit in Berührung gekommen sind, als das bei der gewöhnlichen Vorbereitung auf den Beruf des Mittelschullehrers der Fall sein kann. Es würde sich daher empfehlen, auch in diesem Falle bei der Anrechnung der Dienstzeit, die außerhalb des eigentlichen Staatsdienstes zugebracht worden ist, möglichst entgegenkommend zu sein.

Ich habe im Anschluß an das, was der Herr Kollege Kopf über den Universitätsneubau in Freiburg gesagt hat, noch einen einzelnen Punkt vorzubringen. Ich möchte mich seiner Bitte anschließen, daß dabei soweit als möglich die einheimische Geschäftswelt berücksichtigt werde, daß insbesondere auch der Weg beschritten wird, wie er beim Bau des Lehrerseminars mit sehr gutem Erfolg und zu beiderseitiger voller Zufriedenheit beschritten worden ist, daß man sich nicht so sehr an die einzelnen Meister, sondern an die Genossenschaft wendet, wo man es also mit größeren Korporationen zu tun hat, mit denen man dann in ähnlicher Weise wie mit großen Geschäften verhandeln und abschließen kann.

Was nun noch einige allgemeine Fragen betrifft, zunächst die Berufung von Dozenten an die Hochschulen, so muß man davon ausgehen, daß die Hochschulen den rein korporativen Charakter, den sie ursprünglich gehabt haben, doch schon von der Zeit an zu einem Teil verloren haben, als der Staat mit seinen größeren Mitteln hier helfend und unterstützend eingreifen mußte. Es ist anzuerkennen und zu wünschen, daß auch in Zukunft dieses Verhältnis bleibt, auch daß der Staat mit äußerster Vorsicht diesen Charakter der Universität als einer Korporation bewahrt. Wir können mit der Behandlung bei uns in Baden vollständig zufrieden sein! Solch schwere Klagen, wie wir aus Norddeutschland gehört haben, sind bis jetzt nicht vorgekommen, und wir haben keine Veranlassung, über irgend welche uns nicht passende Gesichtspunkte oder Rücksichten zu klagen, von denen aus die Berufungen bei uns geschehen sind. Es hat sich als sehr gut bewährt, daß zwar die Fakultäten ihre Vorschläge machen, daß aber die Regierung sich trotzdem vollständig freie Hand behält, wenn sie auch in der Ausführung schließlich wieder mit den Fakultäten möglichst Hand in Hand zu gehen versucht.

Wenn nun der Herr Kollege Kopf Klagen über die nicht ganz genügende Berücksichtigung unserer engeren Landsleute bei der Besetzung der Professorenstellen oder innerhalb des Personals der Universitäten angeführt und gemeint hat, daß sich das norddeutsche Element in einem für uns Badener nicht ganz erfreulichen Umfange in den Vordergrund geschoben habe, so möchte ich dem nur entgegenhalten, was wir heute von dem Herrn Kollegen Wilkens gehört haben. Er hat uns aufgezeigt, wer in Heidelberg verstorben ist, wer pensioniert, wer berufen worden ist. Ich

habe darauf geachtet: Reichlich zur Hälfte waren es gut badische Namen, und wenn wir an unserer Technischen Hochschule in Karlsruhe die Riste der ordentlichen Professoren durchsehen, so sind es auch der Mehrzahl nach Badener. Und mir liegt von Freiburg ein Verzeichnis der Assistenten vor, bei denen ich bei ganz flüchtiger Durchsicht soeben ein volles Duzend von Badenern und sogar eine ganze Reihe von Freiburger Kindern gefunden habe, und das ist der Nachwuchs, aus dem sich die ordentlichen Professoren ergänzen.

Man muß auch nicht bloß mit denjenigen rechnen, die an unseren badischen Hochschulen sind, sondern man muß auch diejenigen in Betracht ziehen, die von Baden weg an außerbadische Hochschulen berufen worden sind. Freilich entschwinden sie für den Augenblick aus unseren Augen, aber sie sind doch vorhanden, und es ist deren eine ganz stattliche Anzahl, so daß wir im großen und ganzen darüber eigentlich nicht Klage zu führen brauchen. Vor allem möchte ich diese Klage aus prinzipiellen Erwägungen zurückweisen. Wir wollen Freizügigkeit im ganzen Gebiet unserer ganzen Nation haben! (Beifall), und wenn nicht unsere Universitäten in ihrem Herz getroffen werden sollen, so müssen wir sie als ein kostbares nationales Gut festhalten und wünschen, daß wenigstens auf diesem einen Gebiet die volle nationale Einheit in jeder Beziehung herrscht.

Wenn dann der Herr Kollege Kopf in diesem Zusammenhang wieder von der Parität gesprochen hat, so hat er selber schon darauf hingedeutet, daß ein wesentlicher Grund zu dem, was er zu beklagen hat, in dem Mangel an Zuzug von Seiten des katholischen Bevölkerungsteils zu suchen ist. Er hat auch zugeben müssen, daß die Gründe zu seinen Klagen ein volles Menschenalter zurückliegen. Er hat auch nicht auf badische Verhältnisse exemplifiziert, also wird man wohl annehmen können, daß er da im ganzen zufrieden ist. Nun meine ich, daß man auch diese Dinge wohl in einen größeren Zusammenhang hineinstellen kann. Wir haben in den letzten Jahrzehnten unter den Katholiken eine lebhaftere Bewegung entzünden sehen, die ausgegangen ist von den Klagen, die von katholischer Seite über die geistige Minderwertigkeit, über den Mangel an geistigen Kräften in ihren Reihen erhoben worden sind. Diese Klagen sind außerordentlich lebhaft erhoben worden, gleichzeitig wurde aber auch zu den nötigen Mitteln gegriffen, um Abhilfe dafür zu schaffen; und wir haben in der Tat von dieser Seite eine außerordentlich lebhaft geistige Tätigkeit sich entfalten sehen, die sich z. B. in unserem Lande dahin äußert hat, daß das Collegium sapientiae in Freiburg gegründet worden ist, geradezu zu dem Zweck, um akademischen Nachwuchs zu erziehen. Man kann bezüglich dieses Weges auch nur das Eine sagen: Wir müssen uns freuen über jede Bewegung auf geistigem Gebiet, jede geistige Arbeit, die sich auf unserem deutschen Boden regt; wir müssen da mit allem Zufrieden sein und uns freuen über alles, was geistige Kräfte, geistige Werte schafft, was den Bildungsstand heben kann, einerlei, von welcher Seite das ausgeht. Von diesem Standpunkt aus habe ich diese Bewegung mit herzlichster Freude begrüßt, weil ich sie als Bereicherung unseres Volkstums habe ansehen müssen. Und nun erleben wir in unseren Tagen das merkwürdige Schauspiel, daß wieder mit allen Mitteln gebremst wird. Geistige Arbeit aber ist ohne geistige Freiheit ein für allemal nicht denkbar, und mit der Leistung geistiger Arbeit ist das Verlangen nach innerer Freiheit unlöslich verbunden. Bei dieser Bewegung geht es wie mit einem Reiter, der seine Pferde nicht recht lenken kann, sie erst einmal anpeitscht und dann, wenn er zu seinem Schrecken sieht, daß der Wagen zu rasch oder in eine falsche Bahn läuft und

er die Herrschaft über die Pferde zu verlieren droht, die Zügel scharf wieder anzieht. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir wohl auch zu beurteilen, was in den letzten Monaten an unseren Augen vorbeigezogen ist, und ich kann nur sagen, es hat mir leid getan, daß diese garten Mümlein, die auf diesem Boden aufzusprießen begannen, von einem kalten Reif in der Nacht alle wieder ertötet worden sind. (Sehr gut!).

Das Fundament unserer geistigen Arbeit und vor allem der Arbeit auf unseren Hochschulen ist die Lehrfreiheit, die Forschungsfreiheit und, als Korrelat dazu, die Lernfreiheit unserer Studenten. Nun weiß ich ja wohl, daß diese Lernfreiheit nicht eine vollständig unbegrenzte ist. Für diejenigen Studenten, die sich später einem Staatsdienst zuwenden wollen, hat der Staat ganz bestimmte Gebiete des Wissens vorgeschrieben, die bewältigt werden müssen, und er prüft auch, wenn sie zum Examen kommen, ob sie das Nötige getan und die nötigen Fächer gehört haben. Aber darüber hinaus schreibt doch der Staat nicht das Allermindeste vor und verbietet nichts. Er läßt den Studenten die vollständigste Freiheit, er kümmert sich nicht im Allermindesten darum, was der Student zu hören für gut hält, und auch nicht um diejenigen Kollegen, die er zu schwänzen für gut befunden hat. Das ist auch ein Stück des Korrelats der Lernfreiheit. An dieser Lernfreiheit wollen wir festhalten. Ob diese Lernfreiheit den katholischen Theologen in demselben Maße von ihren kirchlichen Vorgesetzten gewährt wird, wie sie der Staat seinen künftigen Staatsbediensteten gegenüber gewährt, das weiß ich nicht. Vielleicht kann uns Herr Kollege Schöler darüber Auskunft geben, ob in der Tat von kirchlicher Seite in dieser Richtung noch nie Vorschriften gemacht worden sind.

Das andere ist die Lehr- und Forschungsfreiheit. Darüber ist heute schon so vieles geredet worden, daß ich mich auf ganz wenig Worte beschränken kann. Es ist einer der schönsten Ruhmestitel des badischen Staates, besonders des badischen Unterrichtsministeriums, daß, so weit ich weiß, noch niemals der Versuch gemacht worden ist, die Lehrfreiheit, die Forschungsfreiheit der Dozenten in irgend einer Weise und in irgend einer Richtung einzuschränken. Wir wollen hoffen und von ganzem Herzen wünschen, daß das auch in alle Zukunft so bleiben möge. (Beifall!) Denn nur in der vollen Freiheit kann auch die Forschung gedeihen, und niemand kann die schweren Stunden dem Forscher, der irgend etwas Neues gefunden hat, abnehmen und ihm durchhelfen als eben sein eigenes Gewissen. Das eigene Gewissen muß auch für ihn die letzte Instanz sein. Wenn hier irgend eine Schranke gesetzt wird, mag sie kommen, woher sie wolle, so sitzt damit der Wurm in der Blüte und bringt sie zu Tode.

Ob es nun hinsichtlich der Forschungsfreiheit immer so gewesen ist, wie wir es für uns im Interesse der Wissenschaft in Anspruch nehmen, das weiß ich nicht. Neußerungen von Theologen lassen auf das Gegenteil schließen. Ich gebe bloß ein Zitat, das mir eben zur Verfügung gestellt worden ist: „Ein System der argusaugigen Kontrolle, Spionage und Denunziation ist gegen uns in Tätigkeit. So wird der Alerus im Sinne geistiger Gebundenheit und Beschränktheit mit Vorliebe für gemäßigten Aberglauben und Intoleranz herangebildet.“ Es ist das nicht einer von uns, der das gesagt hat, sondern es ist das der bekannte verstorbene Theologe Schell, der das eigentlich gewußt haben muß. Ich will dem Rechnung tragen, daß diese Neußerung offenbar der Qual eines gepeinigten Menschen entspringt, und vielleicht auch, da sie in einem vertraulichen Brief geschehen ist, bis zu einem gewissen Grad dem Gefühl besonders lebhaften Ausdrucks gibt. Aber es spricht daraus doch eine so tiefe Verbitterung gegen das ganze System, daß wir da nicht acht-

los daran vorbeigehen können. Ich rede gar nicht von den theologischen Fragen selbst, das geht uns hier nichts an, das ist eine Sache der Kirche und ihrer Organe. (Sehr gut!) Ich rede hier nur davon, insofern das in die Lehrfreiheit, in die Forschungsfreiheit eines Univeritätsprofessors hineingreift. Und da können wir wir uns nach den Vorgängen der letzten Wochen und Monate doch des Eindrucks nicht ganz erwehren, als ob hier ein Kampf gekämpft wird, der uns alle angeht. Deswegen müssen nach diesen Vorgängen der Staat und auch wir alle mit doppelter und dreifacher Schärfe darauf achten, daß hier ja nichts von dem angetastet wird, was wir als ein kostbares Gut der ganzen Nation ansehen müssen, die geistige Freiheit unserer Univeritäten, denn diese ist gleichzeitig das kostbarste Stück der Freiheit unseres ganzen Volkes! (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kolb (Soz.): Ich habe namens meiner Partei zu einigen allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen. In das innere Getriebe unserer Hochschulen kann ich nicht hineinreden, da ich selbst nicht auf einer Hochschule war und die Verhältnisse dort nicht kenne. Ich will zunächst darauf aufmerksam machen, daß der Auswand für unsere Hochschulen in steigendem Maße anschwillt, und daß auch in diesem Budget wieder über 200 000 Mark mehr eingekollt sind wie in dem letzten Budget. Man kann ein derartiges Anwachsen der Ausgaben einerseits begrüßen, denn es drückt sich darin eine stetige Entwicklung unseres Hochschulwesens aus, allein man muß doch auch darauf bedacht sein, daß wir eben nicht nur Hochschulen im Lande haben, sondern auch andere Schulen, die ebenfalls der nötigen Berücksichtigung bedürfen. Es fällt allerdings ein Teil der sehr erheblichen Mehrausgaben auf sachliche Ausgaben, sie können also nicht in Wegfall kommen; es sind das Ausgaben, die sich auch aus der Wirtschaftspolitik ergeben haben. Wenn ich so das Budget durchlese, so fällt mein Blick auf die Kliniken und Anstalten, für die wegen der Verteuerung der Nahrungsmittel riesige Aufwendungen gemacht werden müssen. Wir werden hierüber bei einer späteren Gelegenheit noch das nähere zu sprechen haben.

Wir ist namentlich aus dem Budget die Berechtigung der Klagen eines Teils der Bediensteten unserer Anstalten aufgefallen, daß sie nicht in etatmäßige Stellen einrücken können, während andererseits Militärärzte in diese Stellen hineinkommen. Man hat das damit begründet, daß für die Militärärzte eine ganze Reihe von Stellen offen gehalten werden müssen. Das ist ein schreiend ungerechter Zustand, der wohl auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Es ist eine geradezu unbegreifliche Ungerechtigkeit, wenn ein Mann, der 15 oder 20 Jahre dem Staat in nützlicher Weise gedient hat, nicht dieselben Rechte haben soll, wie ein Mann, der 9 oder 10 Jahren dem Staate unproduktiv gedient hat, der als Feldwebel oder Unteroffizier tätig war. Der unhaltbare Zustand, daß dann diese Leute vor den anderen den Vorzug haben, muß abgedändert werden. Diesen berechtigten Beschwerden wird man sich nicht entziehen können, man wird um eine Beseitigung dieses Mißstandes mit der Zeit nicht herumkommen können. Wir sind zwar nicht in der Lage, hier eine Aenderung herbeizuführen, denn diese Bestimmung beruht nicht auf Landesgesetz, aber die Regierung kann im Bundesstaat dahin wirken, daß hier das Notwendige geschieht.

Es ist hier der Freude Ausdruck gegeben worden, daß wir eine so starke Frequenz auf unseren Univeritäten haben, und zwar mit Recht, allein ich weise auch auf die Schattenseiten hin. Wenn es auch an und für sich erfreulich ist, daß der Zugang zu unseren Univeritäten immer größer wird, so muß man andererseits doch auch berücksichtigen, daß dadurch das sogenannte

Gelehrtenproletariat hervorgebracht wird, daß eine Menge von Existenzen damit geschaffen werden, die zwar die wissenschaftlichen Unterlagen haben, aber draußen im Leben nicht die nötige Betätigung finden können und sich infolgedessen schwere Konkurrenz bereiten, sodaß damit Zustände geschaffen werden, die im allgemeinen nicht erfreulicher Natur sind. Es sind schon auf den verschiedensten Gebieten solche Mißstände zur Sprache gebracht worden, ich will Sie da zunächst nur erinnern an die Lage der Ärzte in Berlin, wo eine ganze Menge Ärzte tätig sind, die nicht ein Einkommen von 3000 M. haben, was man zweifellos nicht als genügend ansehen kann. Auch die Zahl der Techniker ist eine derartig große, daß, wenn heute eine Stelle ausgeschrieben wird, so viele Leute sich melden, daß die Unternehmer es in der Hand haben, die Existenzbedingungen auf ein Minimum herunterzubringen, mit dem ein gebildeter Mensch nicht mehr auskommen kann. Man kann es deshalb wirklich nicht bedauern, daß der Besuch auf der hiesigen technischen Hochschule zurückgegangen ist. Ich erblicke die Wurzel des Übels darin, daß die ganze Organisation unseres Schulwesens auf einer falschen Grundlage beruht. Die Organisation kann man am besten mit einer Pyramide vergleichen. Die breite Basis der Pyramide muß die Volksschule werden, von hier aus müssen sich die Elemente aufbauen, und die Spitze bildet die Hochschulbildung. Heute besteht eine planmäßige Organisation in der Beziehung gar nicht. Es kommt heute nur darauf an, in welcher materiellen Situation sich die Eltern der Kinder befinden, ob dieselbe in diese oder jene Schule hineinkommen. Es ist doch eine Ausnahme, daß, wie der Herr Abg. Dr. Binz beim Justizetat darauf hingewiesen hat, auch Leute aus den unteren Ständen in die höheren Beamtenstellungen hineinkommen. Die Masse derjenigen, die unsere Hoch- und Mittelschulen besuchen, sind Kinder vermögender Eltern, namentlich soweit die Hochschulen in Betracht kommen, während die Masse der Kinder aus dem Volke in der Volksschule ihre Ausbildung erlangen und die Allerwenigsten die Gelegenheit haben, sich eine bessere Bildung zu erwerben. Daß dabei eine ganze Menge von Intelligenzen verloren geht, die fruchtbringend hätten zur Entfaltung gebracht werden können, ist außer allem Zweifel. Es kann auch nicht bestritten werden, daß eine ganze Reihe von Existenzen sich auf unseren Hochschulen herumtreibt, die später für den Staat nicht das leisten können, was man eigentlich von einem Mann, der einen solchen Studiengang hinter sich hat, verlangen möchte. Diese Leute hätten sich vielleicht im Interesse der Allgemeinheit besser mit den Kenntnissen begnügt, die man sich in einer guten Volksschule erwerben kann.

Zur Frage der Organisation unserer Schulbehörde kann ich hier, und zwar auch im Namen meiner Fraktion, erklären, daß wir für die Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums sind. Wir sind der Meinung, daß sich die Errichtung eines Unterrichtsministeriums aus den Verhältnissen heraus mit der Zeit zu einer dringenden Notwendigkeit gestalten wird. Wenn man in absehbarer Zeit nicht zur Errichtung schreiten will, so sollte man wenigstens eine selbständige Abteilung im Ministerium einführen, es würden dadurch wenigstens die gröblichsten Mißstände, so weit sie heute bestehen, beseitigt werden können. Das übrige hat darüber der Herr Kollege Dr. Heimbürger schon gesagt, und ich brauche deshalb darauf nicht einzugehen.

Ueber die Handelshochschulen hat bereits der Herr Kollege Rebmann das Nötige ausgeführt, dem ich mich nur anschließen kann. Z. B. liegt kein Bedürfnis vor, diese Schule zu einer staatlichen Handelshochschule zu machen. Wenn sich aber einmal dieses Bedürfnis herausstellt, dann wird auch der Staat nicht abgeneigt sein, diese Sache zu regeln. Vorläufig muß man sich

damit zufrieden geben, wenn er, soweit es nötig ist, dieser Handelshochschule seine materielle Unterstützung zu Teil werden läßt.

Der Herr Abg. Kopf hat allerdings gemeint, der Staat sollte möglichst den Knopf auf den Beutel drücken. Wenn die Kirche in Frage kommt, dann sind die Herren vom Zentrum nicht so sparsam; im Gegenteil, sie verlangen immer möglichst viel. Wir nehmen in Bezug auf die Kirche den umgekehrten Standpunkt ein. Wir sind der Meinung, daß die Kirche in der Lage ist, ihre Kosten selbst aufbringen zu können, die Kirche ist auch sehr reich (Kassen im Zentrum), aber man kommt trotzdem immer wieder an den Staat heran, damit er ihr bei den einfachsten Pflichten, die sie eigentlich selber erfüllen könnte, eine Unterstützung zuteil werden läßt.

Interessant war mir auch die Mitteilung des Herrn Berichterstatters, daß auch die Hochschullehrer sozusagen eine Gewerkschaft zur Wahrung ihrer Rechte gebildet haben, und namentlich um dafür zu sorgen, daß nur die tüchtigeren Elemente in den Beruf des Universitätsprofessors eintreten. Das ist ja an und für sich ein lobenswertes Bestreben, allein es ist die Frage, ob bei den heutigen Verhältnissen diese Bestrebungen auch in Erfüllung gehen können, weil die materiellen Verhältnisse der Hochschullehrer derartige sind, daß nur vermögende Leute in diesen Beruf eintreten können. Es ist aber nach dem, was wir von sachverständiger Seite gehört haben, geradezu ausgeschlossen, die Dinge liegen nun einmal so, daß nur Leute aus den begütertesten Kreisen sich diesem Beruf zuwenden können, und da wird auch die Zahl derjenigen, die man zu den Tüchtigsten rechnen kann, eine verhältnismäßig beschränkte sein, jedenfalls eine solche, die keine besonders große Auswahl zuläßt. Es müßte also hier dem Gedankengang Rechnung getragen werden, den ich vorhin schon entwickelt habe und der auch den Prinzipien entspricht, die in unserem Programm in Bezug auf die Schule niedergelegt worden sind.

Es ist dann sehr viel von der Freiheit der Wissenschaft gesprochen worden, und zwar von Leuten, die darüber mehr verstehen wie ich. Ich möchte mir aber doch erlauben, einiges in Bezug auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kopf zu bemerken. Wenn wir hier die Herren vom Zentrum hören, dann könnte man meinen, es gebe keine Partei, die überhaupt so freiheitlich sein kann, wie es das Zentrum ist. Aber die Dinge gestalten sich sofort anders, wenn man das Zentrum anschaut, wie es in Wirklichkeit ist. Das jetzige Verhalten des Zentrums im badischen Landtag kann für uns kein Maßstab für die Beurteilung der Verhältnisse sein, die eintreten würden, wenn einmal das Zentrum die Mehrheit hat. Wir müssen schon dorthin schauen, wo die Herren vom Zentrum die Mehrheit haben und wo sie ihre Grundsätze, ihre Prinzipien verwirklichen können. Da sieht es aber überall anders aus. Freilich, wenn wir das tun, wenn wir darauf hinweisen, dann sagen die Herren vom Zentrum: Was geht es uns an, wir sind nicht im bayerischen Landtag, wir sind nicht in Belgien, auch nicht in Oesterreich, sondern wir sind hier im badischen Landtag! Das ist ganz schön. Das sagen Sie (zum Zentrum) aber gewiß nur solange, als Sie hier nicht die Mehrheit haben. In dem Augenblick, wo Sie die Mehrheit haben, wo Sie die Gewalt besitzen, die Ihnen die Möglichkeit schafft, Ihre Prinzipien rein durchzusetzen, in demselben Augenblick werden Sie auch dahingehende Versuche machen. Wir sind unsererseits garricht im Zweifel, daß das geschehen wird, und deshalb beurteilen wir Sie nicht nach dem, was Sie hier ausführen, solange Sie in der Minderheit sind, sondern wir beurteilen die Tätigkeit des Zentrums und des Ultramontanismus nach dem, was er da leistet, wo das Zentrum die Mehrheit besitzt. Freilich, siehe ich nicht auf dem Standpunkt, den Herr Abg. Dr.

fircher eingenommen hat, daß man einen Unterschied zwischen dem Katholizismus und zwischen dem Ultramontanismus konstruieren müsse. Da, muß ich schon sagen, hat Herr Kollege Kopf die Logik auf seiner Seite. Wer heute gut katholisch sein will — ich habe das schon auf dem letzten Landtag ausgeführt —, der muß sich den Vorschriften der katholischen Kirche unterwerfen. Die katholische Kirche hat nun einmal das unfehlbare Lehramt des Papstes, und wer das anerkennt, der muß auch die Konsequenz daraus ziehen, und der ist ultramontan, und wer das nicht anerkennen will, wer das als einen Widerspruch mit den religiösen Ideen des Katholizismus bezeichnet, der muß eben aus der katholischen Kirche austreten, er muß irgendwo anders seine religiösen Bedürfnisse zu befriedigen suchen. Katholik sein wollen und gleichzeitig Gegner des ultramontanen Systems, das ist eine Unmöglichkeit, so wie die Dinge heute liegen. Denn der ideale Katholizismus existiert nicht mehr, wenigstens nicht in einem System, sondern nur bei einzelnen Leuten, und wie es diesen Persönlichkeiten gemacht wird, darüber haben wir ja in den letzten Jahren Beispiele genug erlebt. Es ist gar nicht daran zu denken, daß diese modernistische Bewegung in der katholischen Kirche durchdringt, sondern im Gegenteil, wenn einmal Einer seiner Meinung öffentlich Ausdruck verliehen hat, dann dauert es gewöhnlich keine 24 Stunden, und er beohrfeigt sich vor der ganzen Welt selbst moralisch in einer Weise, daß man jeden Respekt vor ihm verlieren muß.

Daß aber die Dinge doch nicht so liegen, wie der Herr Abg. Kopf sie dargestellt hat, daß die katholische Kirche und der Ultramontanismus eine ganz andere Auffassung von der Freiheit auf wissenschaftlichem Gebiete, namentlich hinsichtlich des Hochschulwesens haben, das muß man doch hier hervorheben. Auf den Katholikentagen, auf denen doch die Herren gewöhnlich auch vertreten sind, ihnen sogar präsidieren, da wird eine ganz andere Sprache gesprochen als hier im badischen Landtag und zum Teil auch im deutschen Reichstag. Ich erlaube mir auch aus dem Görres-Lexikon zu zitieren. Es ist zwar etwas gefährlich geworden, hier im badischen Landtag zu zitieren, weil man nicht weiß, ob man nicht in der Öffentlichkeit der Zitatenfälschung angeklagt wird. Allein ich tue es trotzdem, weil ich annehme, daß das, was ich vortrage, durchaus seine Richtigkeit hat. Herr Abg. Kopf hat gemeint, die Freiheit der Wissenschaft werde von Seite des Ultramontanismus in keiner Weise angetastet werden, wir hätten da garnichts zu befürchten, wir könnten in aller Ruhe der Zukunft entgegensehen; nur soweit das Lehramt der Kirche, das Dogma in Betracht komme, da solle auch die lehramtliche Tätigkeit, die lehramtliche Entscheidung des Papstes in Betracht kommen. Nun steht aber im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, und zwar in der 2. Auflage, Seite 359 ff: „Der Kirche steht in erster Linie ein Aufsichtsrecht über die Schule zu. Die Schule muß sich als natürliches Glied in den großen Erziehungsorganismus der Kirche eingliedern; diese muß also auch die Aufsicht über die Schule für sich in Anspruch nehmen. Und das zwar nicht bloß in erzieherischer, sondern auch in didaktischer Beziehung; denn der Unterricht ist ja von der Erziehung nicht zu trennen. Wenn also der erzieherische Unterricht in einer Schule konzentriert wird, dann muß auch der Lehrer, der in der Schule wirkt, von der Kirche autorisiert sein, und er und seine ganze Schule muß unter Oberaufsicht und Leitung der Kirche stehen, sonst dürften die Eltern als christliche Eltern ihre Kinder garnicht in diese Schule geben. So kann also auch der Lehrer in der Schule nicht eine von der Kirche unabhängige Stellung einnehmen.“ Und weiter heißt es: „Und das gilt dem Prinzip nach nicht bloß von der Volksschule, sondern es gilt von der Schule ganz allgemein,

möge sie auf was immer für einer Stufenleiter im allgemeinen Schulsystem stehen. . . Mag der Unterricht elementarer oder wissenschaftlicher Natur sein. . . Wie die niederen, so können also auch die höheren Schulen von der Leitung und Aufsicht der Kirche nicht emanzipiert werden. . . Der Staat ist nicht Erzieher. Die Erziehung fällt nicht in dessen Kompetenz. Er kann nicht erziehen; es fehlt ihm dazu der Beruf und darum auch die Fähigkeit. . . Wir können dem Staate nicht die Berechtigung zuerkennen, die Schule als ein Glied des staatlichen Organismus für sich in Anspruch zu nehmen und die Oberleitung und Oberaufsicht über dieselbe zu führen. . .“ Das sind Ihre (zum Zentrum) Prinzipien inbezug auf die Schule! Das was vorhin Herr Abg. Kopf vertreten hat, das wird nur vertreten, solange Sie hier in der Minderheit sind. In dem Augenblick, wo Sie mit den Konservativen hier eine Mehrheit bilden würden und eine entsprechende Regierung vorhanden wäre, die Ihren Wünschen Rechnung tragen würde, in demselben Augenblick würde das, was heute im Görres-Lexikon als ultramontane Auffassung verkündet wird, von Ihnen ebenfalls vertreten werden.

In einer Flugschrift der „Germania“: „Moderne oder christliche Weltanschauung“ wird ein ähnlicher Standpunkt vertreten. Da heißt es:

„Es ist daher die höchste Zeit, den Unglauben von der Universität zu verbannen. Einen Götzmischer, der seinen Mitmenschen das leibliche Leben geraubt hat oder zu rauben versucht hat, bringt man hinter Schloß und Riegel, und solche geistige Götzmischer, welche das Christentum in der Seele unserer Jugend zu ertöten bestrebt sind, sollen ungestraft bleiben? Das wäre unverantwortlich.“

Und dann wird über die ungläubigen Professoren hergefallen und da heißt es:

„. . . Entweder sind die Lehrer an den höheren Lehranstalten gläubige Christen, oder aber sie müssen ihre Stellung drangeben, sie müssen gehen, oder wenn sie nicht gehen wollen, von Gesetzeswegen zum Gehen gezwungen werden können!“

Sehen Sie, das ist die Stellung, die Sie einnehmen werden. Das ist auch das, was der Herr Bürgermeister Lueger auf dem österreichischen Katholikentag verkündet hat. Dahin strebt man, und wenn Sie die Macht haben, dann werden Sie das auch verwirklichen.

Nun ist aber die Stellung unserer heutigen Staatsregierung und auch die Stellung derjenigen Parteien, die das System bekämpfen, soweit sie rechts von uns sitzen, meines Erachtens eine vollständig inkonsequente. Wenn man die Gefahr des Klerikalismus bannen will, dann darf man sich nicht bloß darauf beschränken wollen, die Freiheit der Wissenschaft für die Hochschulen zu verkünden in der schönen Weise, wie das vorhin Herr Kollege Rebmann getan hat, sondern dann muß man die Konsequenzen auch nach unten hin ziehen. Wenn man den Klerikalismus überwinden will, dann muß man ihn überwinden nicht bloß auf der Hochschule, sondern es muß unten auf der Basis, bei der Volksschule, angefangen werden. Es muß die geistliche Schulaufsicht beseitigt werden, es muß der Zustand beseitigt werden, wie wir es erst dieser Tage erlebt haben, daß unsere zukünftigen Volksschullehrer in den Lehrerseminarien in einer Weise behandelt werden, als wären sie 6- oder 7-jährige Knaben, daß sie zwangsweise in die Kirche geführt werden, daß ihnen vorgeschrieben wird, in welcher Weise sie sich den religiösen Verpflichtungen zu unterwerfen haben usw. Wir haben in einer ganzen Reihe staatlicher Lehrerseminarien heute Leute, die durchaus ultramontaner Gesinnung sind, katholische Geistliche! Wenn dann ein

Lehrerstand hervorwächst, der am Karren des Klerikalismus zieht, und wenn schließlich auch das Volk klerikal verwehrt wird, dann ist das garnicht mehr auffallend, sondern die logische Folge der Fehler, die Jahrzehnte lang vorher von Staatswegen und von Seite derjenigen Parteien gemacht worden sind, die die Macht in der Hand gehabt haben, das zu verhindern. (Sehr richtig!)

Es wurde gesagt, wir in Baden hätten keine Ursache, darüber zu klagen, daß irgend welche Gefahren in bezug auf die Einschränkung der Lehr- und Lernfreiheit bestehen. Bis jetzt seien solche Fälle nur außerhalb Badens vorgekommen. Das ist richtig. Aber ob das nur deshalb nicht geschehen ist, weil keine Gelegenheit dazu da war, oder aus Prinzip, diese Frage möchte ich offen lassen. In Berlin ist mein Parteigenosse Dr. Arons als Universitätslehrer gemahregelt worden, obwohl er anerkanntermaßen ein sehr tüchtiger Lehrer war, ein Gebiet gelehrt hat, das mit der Politik rein garnichts zu tun gehabt hat. Er wurde gemahregelt, und man hat noch ein besonderes Gesetz, die Ley Arons, gemacht, um es zu verhindern, daß in Zukunft wieder ein Sozialdemokrat auf den Lehrstuhl einer preußischen Hochschule kommt.

Vor einigen Tagen haben wir im badischen Landtage von Seiten des Herrn Ministers des Innern gehört, daß die badische Regierung es unter gar keinen Umständen dulden werde, daß ein Sozialdemokrat Staatsbeamter werde. Unsere Hochschullehrer sind aber Staatsbeamte. Damit hat der Herr Minister zugegeben, daß die badische Regierung in bezug auf die Lehrfreiheit auf einem ähnlichen oder auf demselben Standpunkte steht wie die preußische Regierung, daß nämlich die Lehr- und Lernfreiheit aufhört, wo die Sozialdemokratie in Frage kommt, daß, sobald ein Sozialdemokrat, und wenn er noch so tüchtig in seinem Fache wäre, als Hochschullehrer tätig sein wollte, der badische Staat das nicht dulden würde. Sie sehen also, daß es mit der Freiheit in dieser Beziehung auch bei uns in Baden nicht so schön bestellt ist. Wir erleben hier das, was wir bis jetzt immer erlebt haben; die Freiheit unseres heutigen Bürgertums hat leider Gottes sehr enge Grenzen, namentlich dort, wo Bestrebungen in Frage kommen, die ganz neuer Natur sind, gegen die man sich wehren zu müssen glaubt. Ich möchte meinerseits doch dem Wunsche Ausdruck geben, daß wir in Baden von dieser alten vorsündflutlichen Anschauung abkommen, und daß, wenn wirklich einmal in Baden ein sozialdemokratischer Professor austauschen sollte, die badische Regierung sich liberaler zeigt wie die preußische und den liberalen Traditionen des Landes wirklich auch Rechnung trägt.

Der heutige Gegenstand der Erörterung, die Freiheit der Wissenschaft, umfaßt, namentlich soweit die Theologie in Betracht kommt, Dinge, die sich in lauter Gegensätzen bewegen, und diese Gegensätze können nicht aus der Welt geschafft werden, wenn man es bei den heutigen Zuständen beläßt. Ich stehe auf dem Standpunkt, der Staat, wenn er schon ein christlicher und religiöser Staat sein wollte, müßte konsequenter Weise zur Staatsreligion kommen, und wenn er das nicht will (und er kann das nicht laut Verfassung), muß er sich eben von der Kirche trennen. Man kann der Kirche keine Vorschriften machen wollen, was sie lehren soll. Wenn die katholische Kirche Einrichtungen hat, die allem modernen Denken widersprechen, dann muß man mit diesen Verhältnissen rechnen und sagen, die katholische Kirche soll lehren, was sie will, sie hat aber dann

gar keinen Anspruch auf besonderen Schutz des Staates oder gar auf staatliche Unterstützung. Wir bewegen uns da fortgesetzt in Widersprüchen. Wenn man erlebt, daß Leute — wie das in letzter Zeit der Fall war — von der wissenschaftlichen Bedeutung eines Professor Ehrhardt sich in derartiger Weise vor aller Welt bloßstellen, dann muß man sagen, hier muß eine Entscheidung getroffen werden, denn es kommt eine Macht in Frage, die man nicht mit Nebensarten besetzt.

Man muß vielmehr dieselbe Konsequenz gegen sie in Anwendung bringen, die sie gegen den Staat in Anwendung bringen würde, wenn sie die Macht dazu hätte, — und diese Konsequenz ist die Trennung des Staates von der Kirche. Die Religion leidet darunter in gar keiner Weise Not, im Gegenteil! Wenn heute die Religion Not leidet, und wenn sie geschädigt wird, so von Niemand mehr als von dem Ultramontanismus! Da muß man den Respekt vor der Religion verlieren, wenn man sieht, wie Lehrer der Religion sich vor aller Welt bloß stellen, wenn sie das, was sie wenige Tage vorher als ihre innerste heilige Ueberzeugung erklärt haben, widerrufen und sagen, es war eigentlich nicht so gemeint, sie haben das anders verstanden wissen wollen, — und alles das nur, damit sie aus ihrem Lehramte nicht entfernt werden und nach wie vor sich ihrem Berufe widmen können. Da sind Gegensätze vorhanden, die man nicht ausgleichen kann, die ausgekämpft werden müssen bis zur äußersten Konsequenz! Und deshalb treten wir, worauf wir ja in einigen Tagen noch zu sprechen kommen werden, für vollständige Trennung dieser beiden Gebiete ein und machen diese Geschichte nicht mit. Allerdings werden wir dann gleich als Religionsfeinde und Kirchenfeinde verschrien, aber das tut nichts. Heute ist ja sogar Jeder ein Religionsfeind, der eine religiöse Anschauung hat, die den Herren nicht angenehm ist. Ist doch vor einiger Zeit sogar Leo Tolstoi unter die Religionsfeinde erklärt worden, ein Mann, der wahrhaftig, wenn es heute noch tiefreligiöse Menschen giebt, einer der tief religiösesten ist, den ich mir denken kann. Und so ein Mann wird ohne weiteres unter die Religionsfeinde geworfen, weil er den heutigen Religionsunterricht in der Volksschule als ein Verbrechen an den Kindern bezeichnet hat.

Im übrigen kann ich namens meiner Fraktionsfreunde erklären, daß wir für das Hochschulbudget stimmen werden, daß wir uns freuen, wenn die badischen Hochschulen sich auch weiterhin entwickeln, daß wir aber hoffen, daß dann auch über die Volksschule das Gleiche gesagt werden kann, damit der badische Staat auch in bezug auf die Volksschulen an erster Stelle in Deutschland steht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung gegen $\frac{3}{4}$ 2 Uhr.

* Karlsruhe, 5. Febr. 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 6. Februar 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909. Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen. I. Höhere Unterrichtsanstalten — Druckfache Nr. 11c (1) — (Fortsetzung); Ausgabe Titel IX: Kultus — Druckfache Nr. 11b — Berichterstatter: Abg. Dr. O b f i r c h e r.